

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
ganzzährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (1926)

6. Jahrgang.

Mittwoch, 21. April 1926.

Nr. 94.

## Der Parteivorstand zur politischen Lage.

Gegen faschistische Diktaturgefühle. — Für die Verwirklichung unserer sozialpolitischen Forderungen. — Gegen Schutzzölle und indirekte Steuern.

Prag, 20. April. Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt heute im Rudolfinum eine wichtige Beratung ab. Einleitend gedachte der Vorsitzende, Genosse Dr. Czech, des heutigen Jahrestages des Ablebens unseres alten Vorkämpfers Riese-Wetter und widmete seinem Andenken warme Worte der Erinnerung. Der Vorstand ehrte das Andenken an den Vorkämpfer durch Erheben von den Sitzen.

Hierauf erstattete Genosse Dr. Czech einen ausführlichen Bericht über die politische und parlamentarische Situation und fasste seine Stellungnahme zu den letzten Ereignissen in folgende Resolution zusammen, die nach eingehender Debatte die einstimmige Zustimmung des Parteivorstandes fand:

„Die verworrene politische Situation erheischt die größte Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der Arbeiterklasse. Die tschechische Bourgeoisie, unfähig, den Staat mit demokratischen Mitteln zu beherrschen, aber nicht willens, das zusammengebrochene Regierungssystem zu ändern, strebt immer noch darnach, durch Bruch der Verfassung und Hintertreibung der letzten Reste demokratischer Einrichtungen ihre Machtstellung zu sichern. Die Kräfte, welche nach Aufrichtung einer schauvinistischen Diktatur streben, treten immer unverbüllter an die Oberfläche. Der Parteivorstand ruft die deutsche Arbeiterklasse zur entschlossenen Abwehr gegen solche Versuche auf, und spricht die feste Überzeugung aus, daß sich das gesamte Proletariat den Plänen der Reaktion mit allen Kampfsmitteln und mit allen Kräften entgegenzusetzen würde.“

Der Parteivorstand spricht sein Bestreben aus, daß das Parlament, das berufene Organ der Demokratie, systematisch von den grundlegenden Entscheidungen ferngehalten wird, und fordert mit aller Entschiedenheit die Erledigung der abschließenden Arbeiten für die künftige Verwirklichung der Sozialversicherung und für die Versorgung der über 60 Jahre alten Arbeiter, die ungefüme Vorlage des längst fälligen Gesetzes über die Pausbewegung und die endliche Erledigung des Gehaltsgesetzes. Er protestiert gegen die von der Regierung zur Erleichterung der Lebensmittelfuhr getroffenen Maßnahmen und ländigt allen Versuchen, durch Schutzzölle auf Lebensmittel und durch Erhöhung der indirekten Steuern die Lebenshaltung der breiten Massen noch zu verschlechtern, die entscheidende Kampfschlachtfeld und Abwehrbereitschaft des Proletariats an.“

Daran schloß der Vorsitzende einen Bericht über die letzte Sitzung der Internationalen Exekutive in Zürich, über die dortselbst gefassten außenpolitischen, taktischen und organisatorischen Beschlüsse und ganz besonders über die Verhandlungen und Beschlüsse der Mindehelligkeitsmission, und stellte nach ausführlicher Aussprache die sachgemäßen Anträge. Der Bericht des Vorsitzenden wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und die gestellten Anträge genehmigt.

Sodann gelangten dringliche interne und organisatorische Fragen zur Beratung und fanden die sachgemäße Erledigung.

stellung abgelöst. In Preußen nimmt der Konflikt zwischen westlicher und östlicher Orientierung die Form einer Rebellion an, als der General Vork auf eigene Faust die Konvention von Lauraggen schließt und seine Armee den Russen zuführt, während das offizielle Preußen noch mit Napoleon verbündet ist. Die Gruppierung, die sich dann in den sogenannten Befreiungskriegen 1813 bis 1815 ergibt, wird durch die Heilige Allianz auf Jahrzehnte hinaus gefristet: Rußland, Oesterreich und Preußen stehen, durch das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung des Absolutismus verbunden, geschlossen gegen den Westen. Aber Deutschland kann die Wahl zwischen der demokratischen und der „faschistischen“ Staatsauffassung, wie Napoleon die Gegensätze genannt hat, nicht erspart bleiben. Im Krimkrieg wechselt Oesterreich die Front und orientiert sich westlich; es verrät den Zaren an England und Vonnaparte. Für Oesterreich ist damit bis zu seinem Untergang der politische Kurs festgelegt.

Das neue Deutschland stand vom ersten Tage seines Bestandes an vor dem schweren Problem der Zweifrontenstellung. Die offene Grenze im Osten, die Lage der Industriegebiete in der Nähe der Westgrenze verschlechterten die Situation Deutschlands. Jahrzehntelang bezog der deutsche Militarismus seine Argumente aus der Tatsache der ausgesprochen schlechten geographischen Lage Deutschlands. Bismarck suchte zuerst den Anschluß an den Osten. Aber Oesterreichs wegen konnte sich der Dreikaiserbund nicht halten. Da versuchte es Bismarck mit einer dritten Möglichkeit, mit der Schaulschlitzenpolitik zwischen zwei Polen. Er schloß den Dreibund, der sich an England anlehnte, und bewahrte sich die Freundschaft Englands durch Nachgiebigkeit. Aber er schloß mit Rußland den Rückversicherungsvertrag, ob das System nicht auch unter Bismarck zur Katastrophe geführt hätte. Niemand kann heute sagen, ob nicht am Ende dieser Politik der für Deutschland innerpolitisch unmögliche Bund mit dem Zaren gegen England oder der mit England gegen den Zaren gestanden hätte. Aber das eine war sicher, daß die Nachfolger Bismarcks nicht ein Jahr lang eine Politik treiben konnten, der nur ein diplomatisches Talent von den Riesenmassen des Junkers Bismarck gewachsen war. Die Nichterneuerung des Vertrages mit Rußland war das einzig Mögliche. Aber sie veräuerten den

rum notwendig gewordenen Anschluß an den Westen, die Aussöhnung mit Frankreich, das Bündnis mit England, sie rüsteten und hehten sich beide Gegner auf den Hals.

Nach dem Krieg war Deutschland isolierter als nur je zuvor. In der Einsamkeit der Konferenz von Genue tat Walter Rathenau den großen Zug: er schloß mit Rußland den Vertrag von Rapallo. Der Vertrag hatte keinen Bündnischarakter. Er befaßte sich mit dem gegenseitigen Verzicht auf Ersatz der Kriegsschäden, mit der Regelung der diplomatischen Beziehungen und mit den wirtschaftlichen Bindungen der beiden Mächte. Er erregte bei den Westmächten einen Sturm der Entrüstung, aber er konnte riskiert werden, weil er von dem Demokraten und Erfüllungspolitiker Rathenau ausging, er konnte der erste Durchbruch der Isoliertheit Deutschlands und brauchte doch nicht ein Bruch mit dem Westen sein, weil er vom Kabinett Birth ausging. Rathenau wurde ermordet und Birth gestürzt, es kamen und gingen die Kabinette. Jetzt hat Stresemann nach dem Genfer Mißerfolg neue Verhandlungen mit Rußland begonnen.

Die deutsche Regierung behauptet, daß es bei den Verhandlungen nicht um politische Verträge gehe, sondern um wirtschaftliche Abmachungen, die mit dem Locarnovertrag nicht in Widerspruch stehen. Ein Teil der westeuropäischen Presse beharrt darauf, daß die Russen Deutschland dem Völkerbund entfremden und ihrer Politik dienstbar machen wollen. Es ist ohne weiteres zu glauben, daß Tschitscherin ein Bündnis mit Deutschland anstrebt. Deutschland ist wieder als das Land der Mitte umworben und gefährdet. Chamberlain möchte es gegen Rußland auspielen, Tschitscherin möchte es gegen England ins Treffen schiden. Die allerdings nicht bestätigte Nachricht, daß Radek als Unterhändler in Berlin gewesen sei, läßt erkennen, daß die Moskauer alle Register ziehen, um Deutschland für ihre Ziele zu gewinnen. Für Deutschland kann es in der heutigen Situation nur eine Lösung geben: es darf Rußlands wegen weder Locarno noch den Völkerbund aufgeben, aber es darf auch der Westmächte halber die Freundschaft mit Rußland nicht opfern. Der deutschen Politik erwidert die schwere Aufgabe, das Land der Mitte zwischen Schylla und Charybdis zu steuern, Deutschland die Sicherung

im Westen zu erhalten und im Osten neue Sicherungen zu schaffen. Diese Aufgabe erfordert nicht nur fähige Politiker — von etwas größerem Kaliber als Stresemann und Luther — sondern auch vollste Aufrichtigkeit. Die deutsche Regierung hat erklärt, sie werde den Vertrag mit Rußland veröffentlichen, sie hat aber den schweren Fehler begangen, zunächst geheim zu tun. Sie hat damit einem der gefährlichsten Kontreineure des europäischen Friedens Anlaß zum Eingreifen gegeben.

Herr Venes sah einen Anlaß, die europäische Politik zu trüben und er zögerte keinen Augenblick, es zu tun. Er ließ erklären, man müsse sich mit den deutsch-russischen Verhandlungen beschäftigen, sie seien immerhin juristisch nicht einwandfrei, die Locarnoverträge seien nicht ungefährdet und was der kleinen Weile mehr sind, die Venes stets im Köcher führt. Unser Herr Außenminister macht wieder einmal Politik auf eigene Rechnung und legt Fallstricke, über die Deutschland im Herbst straucheln soll. Von zwei Seiten wird intrigiert und Unfrieden gestiftet, von den Russen, die, statt in den Völkerbund zu gehen und dadurch der Unklarheit im Osten ein Ende zu machen, auf eine deutsch-russische Allianz ausgehen, und von dem Meister der Geheimdiplomaten, von Herrn Dr. Venes. Deutschland hat sich zu all dem ungeschickt genug benommen. Es brauchte jetzt einen offenen, ehrlich demokratischen Politiker, der aus der Not eine Tugend, aus der Mittelstellung Deutschlands eine Vermittlerstellung, aus dem Konflikt zwischen Ost- und Westorientierung die Mission einer friedlichen Zweifrontenpolitik machte. So lange Rußland nicht im Völkerbund ist, könnte Deutschland die Brücke zwischen den feindlichen Lagern sein. Aber es müßte einen Mann an seiner Spitze haben, der es zu verhindern wüßte, daß Herr Venes mit einer Fälschung um den Brückenpfeiler schleicht. Deutschland hat heute diesen Mann nicht, und es wird vor allem von einem politischen System beherrscht, das diesen Mann nicht zur Stelle schaffen kann. Und deshalb ist das Feuer, das Chamberlain und Tschitscherin gelegt haben, das Stresemann achtlos ausflammen ließ und das Venes so heftig anbläst, eine Gefahr.

## Das Reich der Mitte.

Das Problem der deutschen Außenpolitik.

Die deutsch-russischen Verhandlungen haben eine regelrechte Krisenstimmung erzeugt, die von lebhaften Diskussionen über die möglichen Ziele und Wege der deutschen Außenpolitik begleitet sind. Der Fehlerzirkel, in den die deutsche Außenpolitik jedesmal gerät, wenn sie aus der abwartenden Haltung heraustritt und wirkliche Politik zu werden beginnt, hat sich allem Anschein nach wieder einmal geschlossen, und das Kabinett Luther-Stresemann läuft in jenem unheilvollen Kreis, in dem schon manche seiner Vorgänger und mit ihnen leider oft das deutsche Volk zu Tode gehegt wurden. Seit dem Eintritt des europäischen Ostens in die moderne Staatengeschichte ist Deutschland, oder jene Staaten, die es vor der Reichsgründung repräsentierten, die Sorge nicht losgeworden, wie man sich der ewigen Zweifrontenstellung entledigen könne. Vor allem ist es immer wieder Brandenburg-Preußen, das mit dem Problem der geographisch gegebenen Mittelstellung ringt. Es ist am Anfang des 18. Jahrhunderts gleichzeitig in den spanischen Erbfolgekrieg (Oesterreich gegen Frankreich) und in den nordischen Krieg (Schweden gegen Rußland) verstrickt. Es gerät, nachdem für kurze Zeit beim Regierungsantritt der Maria Theresia Oesterreich eingekreist gewesen war, im siebenjährigen Krieg wieder zwischen Rußland und Frankreich, ganz abgesehen von seinem Kampf mit Oesterreich und Sachsen-Polen. Die französische Revolution einigt zunächst die deutschen Vormächte mit Rußland zum Kampfe gegen Frankreich. Die Versöhnung im Osten ist möglich auf Kosten des bisherigen Pufferstaates Polen, der zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich aufgeteilt wird. Aber schon 1807 verständigigt sich Napoleon mit dem Zaren auf Kosten Preußens. 1809 muß Oesterreich in Galizien eine Armee aufstellen, um sich für seinen Kampf gegen Napoleon den Rücken zu beden. Den Zug nach Moskau begleiten deutsche Vasallenheere; nicht nur der Rheinbund, auch Preußen und Oesterreich haben starke Korps zum Kampfe gegen Rußland zur Verfügung gestellt. Die westliche Orientierung hatte — allerdings unter dem Druck napoleonischer Siege — die östliche und die Zweifronten-

## Um die Getreidezölle.

Von Emil Arnsberg.

Die tschechischen Agrarier haben in ihrem Kampfe um die Agrarzölle im deutschbürgerlichen Lager überraschend schnell Gefolgschaft gefunden. Nicht nur, daß die Landbändler mit ihnen eines Sinnes sind und die Christlichsozialen mit ihnen sympathisieren, gesellt sich in letzter Zeit auch die Deutsche Nationalpartei zu ihnen. Ende März fand in Olmütz eine Tagung der Nationalpartei statt, die sich für eine entschiedenes Eintreten für landwirtschaftliche Schutzzölle aussprach. Nunmehr vertritt auch das Hauptorgan der Nationalpartei, das „Nordböhmische Tagblatt“ den Nachweis über die Notwendigkeit landwirtschaftlicher Zölle zu erbringen, so daß also damit zu rechnen ist, daß bei einer parlamentarischen Behandlung der Zölle die bürgerliche Einheitsfront hergestellt sein wird und die Zölle mit den Stimmen aller bürgerlichen gegen die Stimmen der Arbeiterpartei beschlossen werden.

Aber während bei der Olmüzer Tagung nichts besonderes zur Begründung der Einführung der Zölle gesagt wird, unternimmt im „Nordböhmischen Tagblatt“ vom 4. April d. J. Direktor Franz Hilmer, Brünn, den Versuch, an Hand von Ziffern die mißliche Lage der Landwirtschaft nachzuweisen und daraus die Notwendigkeit der Zölle abzuleiten. Es verlohnt sich, auf seinen Artikel einzugehen. Herr Hilmer geht bei seiner Betrachtung von der Zusammensetzung der Bevölkerung der Tschechoslowakei aus. Nach der Volkszählung vom Jahre 1921 gehören von den 13.618.172 Einwohnern der Republik 5.885.790 oder 39,6 Prozent der Gesamtbevölkerung der Landwirtschaft an. Von den Berufstätigen 6.514.432 Personen entfallen 2.424.278 auf die Landwirtschaft.

Von diesen Ziffern eine Berechtigung der

Zölle abzuleiten und diese mit dem verhältnismäßig hohen Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu begründen, würde zu einem Trugschluß führen. Erstens sind die landwirtschaftlichen Arbeiter ohne eigene Landwirtschaft mit inbegriffen, die absolut kein Interesse an Getreidezöllen haben, zweitens werden alle kleinen Landwirte, deren Wirtschaft nicht einmal den eigenen Bedarf zu decken vermag, mitgezählt. Weiters kommen auch jene Landwirte, deren Produktionszweig in der Hauptsache der Hopfen-, Wein- und Zuckerrübenbau ist, gar nicht, oder nur in untergeordnetem Maße in Betracht.

Ueber diese Umstände setzt sich Hilmer einfach hinweg und sucht den Nachweis zu führen, daß nicht nur die Großgrundbesitzer, sondern auch die kleinen Landwirte an den Zöllen interessiert sind. Er schreibt:

Daß es eine falsche Anschauung ist, daß nur der Großgrundbesitzer ein Interesse an den Schutzzöllen hat, beweisen die statistischen Erhebungen, die während der Zeit der staatlichen Bewirtschaftung gepflogen wurden.

Im Verordnungsjahre 1917 bis 1918 haben in Mähren geliefert:

	Groß-	Grundbesitz	Klein-
Weizen . . . . .	250.043 q	60,5%	163.017 39,5%
Korn . . . . .	335.860 q	78 %	95.211 22 %
Kartoffeln 543.295 q	78 %	160.240 22 %	

Die angeführten Ziffern beweisen uns nichts mehr, als daß die angeführten Quantitäten auf Grund eines gesetzlichen Zwanges ausgebracht wurden, was ja schließlich gar nicht bewiesen zu werden braucht und dann, daß bei den staatlichen Lieferungen eben die kleinen Landwirte in viel stärkerem Maße belastet wurden, als die großen Grundbesitzer. Nichts wäre aber verfehlter, als aus der Statistik Hilmer den Schluß abzuleiten, daß beispielsweise am Weizenzoll die

Großgrundbesitzer mit 60,5 Prozent, die Klein- grundbesitzer mit 39,5 Prozent interessiert sind.

Um ein klares Bild darüber zu bekommen, welche Schäden der landwirtschaftlichen Bevölkerung an Zöllen interessiert sind, ist es nötig, die statistischen Zahlen über die Besitzfälle und über die Flächenausmaße zur Hand zu nehmen. Das Handbuch des Statistischen Staatsamtes vom Jahre 1920 gibt leider nur über den Stand vom Jahre 1896 Aufschluß und auch da nur von Böhmen, Mähren und Schlesien. Es fehlen also die Ziffern über die Slowakei und Karpathenland und wir werden uns deshalb in der Hauptsache an diese Länder halten müssen. Das statistische Handbuch nennt folgende Zahlen:

Table with 4 columns: Ausmaß, Besitzfälle, Gesamtfl., %. Rows show land area categories from 0-0.5 ha to over 2000 ha.

Zusammen: 1.483.042 7.760.568 ha 100,00

Diese Ziffern haben allerdings durch die Bodenreform eine Verschiebung erfahren. So sind an Stelle der größten Grundbesitzer eine größere Anzahl kleinerer getreten, der Eigenbesitz der kleineren Besitzer hat sich vergrößert. Das Gesamtbild bleibt aber im wesentlichen trotzdem unverändert, da im ersteren Falle doch nur wieder Großgrundbesitz in Frage kommt, während bei den kleinen Besitzern die Änderung in der Hauptsache nur darin besteht, daß der von ihnen bisher bewirtschaftete Pachtgrund in ihr Eigentum überging.

Es ergibt sich nun die Frage, bei welchem Flächenausmaß wird der landwirtschaftliche Besitz zur Haupterwerbquelle? Eine in allen Fällen gültige Norm läßt sich da nicht finden. Das hängt ab von der Lage, von der Bodenbeschaffenheit, von anderweitiger Erwerbsmöglichkeit, von der Stärke der Familie usw. Im allgemeinen nimmt man an, daß die Landwirtschaft als Beruf dort beginnt, wo deren Ertrag zur Deckung aller eigenen Bedürfnisse ausreicht und wo die Bearbeitung des landwirtschaftlichen Besitzes eine anderweitige dauernde Beschäftigung nicht zuläßt. Nimmt man an, daß diese Voraussetzungen, bei einem Grundausmaß von etwa 5 Hektar gegeben sind, so ergibt sich, daß von den 1.483.042 Besitzfällen in Böhmen, Mähren und Schlesien die Eigentümer in 1.226.283 Fällen ausreichen, d. h. für sie ist die Landwirtschaft ein Nebenerwerb, sie kommen mit ihrer Produktion für den Konsum nicht in Frage, sie sind an Zöllen nicht interessiert. Ja, nicht nur, daß sie daran unmittelbar uninteressiert sind, haben sie ein lebhaftes Interesse daran, daß die Zölle verhindert werden, weil sie ja in hohem Maße selber Konsumenten sind und durch die Einführung von Zöllen ihre Lebenshaltung eine ungünstige Beeinträchtigung erfahren müßte. Aber auch die noch verbleibende Anzahl der landwirtschaftlichen Besitzfälle erfährt noch eine Beeinträchtigung, da die landwirtschaftliche Produktion nicht nur Brogetreide und Kartoffeln umfaßt, sondern sich auch auf Früchte erstreckt, für die Zölle nicht in Frage kommen. Es gibt Landwirte, deren hauptsächlichste Produktion im Hopfenbau, Zuckerrübenbau und Weinbau besteht und die gleichfalls gar nicht oder nur teilweise an Zöllen interessiert sind. Von den Besitzern mit

einem Ausmaß von 5 bis 10 Hektar scheidet gleichfalls noch eine Anzahl aus, so daß die an Zöllen interessierten landwirtschaftlichen Besitzer sich noch verringern. So ergibt sich, daß von den 1.483.042 Besitzern oder Pächtern von Landwirtschaften nur rund 256.000 an den Zöllen profitieren würden, das sind von der sogenannten landwirtschaftlichen Bevölkerung rund 1,7 Prozent.

Wenn man nun annimmt, daß die Verhältnisse in der Slowakei die gleichen oder annähernd die gleichen sind — auch in der Slowakei ist der Großgrundbesitz vorherrschend — und wenn man den Prozentsatz auf 20 erhöht, so ergibt sich, daß nur der fünfte Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an Getreide- und Weizenzöllen interessiert ist.

In welchem Verhältnis steht nun dieser Teil der landwirtschaftlichen Besitzer zur Gesamtbevölkerung? Hilmer gibt mit Bezugnahme auf die Angaben im statistischen Handbuch die landwirtschaftliche Bevölkerung mit 5.385.700, das sind 39,6 Prozent, an. Nur ein Fünftel davon ist an Zöllen interessiert, das sind rund 1.080.000. Die Gesamtbevölkerung beträgt 13.613.172, daher sind von der Gesamtbevölkerung nur rund 8 Prozent an diesen Zöllen interessiert, während für 9,2 Prozent mit der Einführung der Getreidezölle eine Verschlechterung ihrer Existenz eintreten müßte.

Aber selbst wenn diese Ziffern noch eine Verschiebung zu Gunsten der die Zölle betreibenden Agrarier erfahren würden, dürfte sich der Prozentsatz jenes Teiles der Bevölkerung, für die die Zölle Vorteile bringen würden, kaum über 10 bis 12 erheben.

Herr Hilmer führt dann als weitere Begründung der Zölle die neuerliche Verschuldung der Landwirtschaft nach dem Kriege an und bezieht sich auf folgende Zahlen, die er dem Handbuch des statistischen Staatsamtes entnimmt: Die hypothekare Belastung des Grundbesitzes in Böhmen, Mähren und Schlesien beträgt:

Table with 4 columns: Jahr, Gesamt-Verkauf, Großgrundbesitz, Dauerlicher Besitz. Rows show data for 1901, 1914, 1920, 1924.

Hierzu bemerkt Hilmer:

„Aus diesen Zahlen ist ein deutliches Anwachsen der Grundverschuldung festzustellen. Vom Jahre 1914 bis 1920 ist die Steigerung ziemlich bedeutend. Im Jahre 1924 ist beim Großgrundbesitz und bei bäuerlichem Besitz eine Steigerung auf mehr als das Doppelte festzustellen. Der Unterschied zwischen der Gesamtverschuldung und der Verschuldung des bäuerlichen und Großgrundbesitzes entspringt auf die grundbäuerliche Verschuldung der Bergwerke und des städtischen Besitzes, bei letzterem hauptsächlich infolge Neubauten.“

Bei aller Richtigkeit der Ziffern ist der Schluß, daß sich die Verschuldung aus der mangelhaften Lage der Landwirtschaft ergibt, dennoch falsch. Fürs erste sind darinnen die Belastungen durch Kriegsanleihe enthalten, die an und für sich mit der Landwirtschaft nichts zu tun hat, zweitens ergibt sich ein beträchtlicher Teil der Hypothekarschulden aus den durch die Bodenreform hervorgerufenen Besitzänderungen.

Durch die aus verschiedenen Titeln hervorgerufenen Bodenanteile (Pachtgründe, zerstreut liegender Boden, Restgüter u. dgl.) sind Hypothekarschulden entstanden, die natürlich in Erscheinung treten müssen. Aber man wird zugeben müssen, daß Hypothekarschulden, die aus Grundkäufen erwachsen sind, anders zu werten sind als jene, die sich aus bestimmten, in der Landwirtschaft seinerzeit sicher vorhanden gewese-

nen Notlagen ergeben. Daß die nach der Bodenreform erfolgte Bodenzuteilung diese starke Erhöhung der Schulden hervorgerufen hat, geht ganz klar daraus hervor, daß die Erhöhung vom Jahre 1914 bis 1920 eine geringe ist und erst in der Zeit von 1920 bis 1924, also in jenem Zeitraum in Erscheinung tritt, in welchem die Zuteilungen erfolgen.

Neben ist dann auch noch zu beachten, daß es sich in den Vorkriegsjahren um Schulden handelte, die in Goldkronen doch etwas wesentlich anderes darstellten, als die Schulden in Nachkriegskronen. Nimmt man den Friedenswert der Krone nur mit dem Siebenfachen an, so ergibt sich, daß die Verschuldung im Jahre 1924 etwas mehr als ein Drittel der Verschuldung vom Jahre 1914 beträgt; und dies trotz des Bodenerwerbs nach den Vorkriegsjahren. Natürlich müßte, um den tatsächlichen Stand der Verschuldung feststellen zu können, auch angeführt werden, wie hoch der Stand der Spareinlagen bei den landwirtschaftlichen und sonstigen Klassen ist, der sich aus der Landwirtschaft ergibt.

Schließlich ist es auch ausgeschlossen, die Verschuldung der Landwirtschaft völlig zu beseitigen, auch wenn Zölle beständen, da sich durch die erbliche Uebernahme landwirtschaftlichen Besitzes und die damit immer verbundene Verpflichtung des

neuen Besitzers, an Geschwister usw. den Erbchaftsanteil in Bar auszuzahlen, immer wieder neue Verschuldungen hervorrufen muß. Unter diesen Umständen, d. h. wenn ein Sohn die Wirtschaft seines Vaters übernimmt und damit die Verpflichtung, innerhalb einer bestimmten Frist an seine Geschwister oft nicht geringe Beträge auszuführen, wird natürlich eine schuldenfreie Wirtschaft belastet werden müssen. Daraus aber den Schluß abzuleiten, daß eine Notlage der Landwirtschaft vorliegt, wäre grundfalsch.

Nach alledem kommt man zu dem Schluß, daß die anscheinend höhere Verschuldung der Landwirtschaft auf keinen Fall ein Argument für die Einführung von Zöllen sein kann. Hierzu ist noch zu bemerken, daß Zölle kaum das geeignete Mittel sind, die Verschuldung hinauszuhalten oder gar zu beseitigen. Für Pächter dürften gerade Zölle die entgegengelegte Wirkung haben, weil sie unweigerlich eine Erhöhung des Pachtzinses nach sich ziehen würden und zweifellos würde auch eine Erhöhung der Bodenpreise herbeigeführt werden, wodurch naturgemäß bei Besitzwechseln eher eine Erhöhung als eine Herabsetzung der Verschuldung eintreten müßte. Welche Wirkungen aber Zölle auf Lebensmittel für die Gesamtbevölkerung haben müßten, darüber soll in einem weiteren Artikel gesprochen werden.

### Inland.

#### Des schuldigen Mann geht's Grauen an.

Die „Prager Presse“ und der Faschismus.

Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist doch so: die „Prager Presse“ bekommt demokratische Anwandlungen. Sie spürt, daß der Tschekoslowakei vor dem Faschismus, wie er sich bisher in Gultschin und in Mährisch-Odrau betätigte, doch vielleicht etwas im Magen bleiben dürfte, und gibt darum Rückzugsworte. Es erscheint als angebracht, die betreffende Notiz der „Prager Presse“ im vollen Wortlaut wiederzugeben, damit unsere Leser zu erkennen vermögen, wie die Regierung durch ihr Organ zum Faschismus Stellung nimmt:

„Dummer und schändlicher Faschismus. Es ist bekannt, daß man sich mit Schlagworten ebenso betrauen kann wie mit Alkohol. Ein solches Schlagwort ist bei uns der Faschismus. Er wird aber nicht richtig verstanden. Man weiß nämlich nicht, daß der Faschismus keine nationalen, politischen und psychologischen Voraussetzungen hat. Und darum ist der tschechoslowakische Faschismus, so wie er sich zumindest von Zeit zu Zeit bei uns äußert, wohl eine schöne Dignette für unschöne, politische Subenstreichle. In ein deutsches, politisches Vereinslokal einzudringen, wie es in Prag geschehen ist, ist ein Verstoß gegen das Gebot, dem keine politische Bedeutung zukommt und für das ein „Verbot“ genügt. Wenn sich aber solch ein Subenstreich wiederholt, dann ist es notwendig, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen und die Behörden aufzufordern, derartige Verstoße um Gesehenswidrigkeiten energisch zu unterdrücken. In Mähr.-Odrau haben die Faschisten eine deutsche Versammlung des ehemaligen Abgeordneten Dr. Rakfa geistert, indem sie forderten, daß in dieser Versammlung tschechisch gesprochen werden. Ein solches Vorgehen kann nicht nachdrücklich genug verurteilt werden. Die Deutschen sind Bürger unseres Staates, sie haben die gleichen Bürgerrechte und auch das Recht, ihre Versammlungen abzuhalten. Wenn sie diese Rechte überschreiten, ist es Sache der Behörden, sich dessen anzunehmen und

nicht der faschistischen Abenteuer, und wenn wir wollen, daß die Gesehe bei uns Geltung haben, müssen sie vor allem durch uns selbst eingehalten und gegen jene angewendet werden, die es versuchen, sie zu erniedrigen. Man spricht bei uns gar viel über faschistische Tendenzen und in ausländischen Blättern wird über den Faschismus bei uns geschrieben: Sind es solche Subenstreichle wert, Unruhe in unsere Öffentlichkeit zu tragen und Mißtrauen ins Ausland? Für einen Faschismus, der sich darin äußert, tanken wir bestenfalls, jene, die einen solchen Faschismus annehmbar oder öffentlich propagieren, schädigen unseren guten Ruf und sind die moralischen Anreger einer Anarchie, die in unser öffentliches Leben nicht einbringen darf.

Man beachte zunächst, wie die „Prager Presse“ immer nur von „solchem“, von „einem“, nie aber vom Faschismus schlechthin schreibt. Nicht der Faschismus ist „dumm und schändlich“, sondern nach der Meinung des Regierungsblattes nur ein gewisser Faschismus, wie er sich beispielsweise in Odrau auswirkte. Das heißt also: gegen einen Faschismus anderer Qualität oder anderen äußerlichen Gehabens hätten die Herrschaften um die „Prager Presse“ allenfalls nichts einzuwenden. Dieser Gedankengang ist so schlecht verborgen, daß er einem jede Reizung benimmt, den erstaunlichen „Mut“, mit dem sich das Blatt plötzlich gegen die tschechischen Schwarzgebenden wendet, als ein Bekenntnis zur Demokratie hinzunehmen. Es ist vielmehr, wie wir gestern schon vermurten und wie es in dieser Stellungnahme des Regierungsoffizios deutlich zum Ausdruck kommt, vor allem die Rückficht auf die Wirkung im Ausland, die das Blatt zu dieser Haltung und zu dem Ruf nach dem Pendel einmal in der anderen Richtung veranlaßt. Außerdem dürfte das auf einmal so überschäumende Gerechtigkeitsgefühl bei diesen Herren, die es sonst seit sieben Jahren vermissen ließen, seine Quelle auch in der Furcht haben, daß der tschechische Faschismus, geboren aus der von ihnen gutgeheißenen und betriebenen Politik, doch Dimensionen annehmen könnte, die auch den Staatserhaltern nicht gleichgültig bleiben würden. Darum wohl spielen sie einen „guten Ruf“, den sie gar nicht haben, gegen „Subenstreichle“ aus, für die sie, ob sie wollen oder nicht, mitverantwortlich sind.

Aus dem Tschechischen von Richard Braubets.

## Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

8 Von Jiri Hanhmann.

Eines Tages nämlich meldete sich bei ihm in der Kanzlei einer seiner Arbeiter — ein ehemaliger Ingenieurkandidat, den die Not gezwungen hatte, vorzeitig das Studium aufzugeben und sich mit der Tätigkeit eines Elektromonteurs zu begnügen — und bot ihm zur Ueberprüfung und zum Kaufe seine scharfsinnige Erfindung eines zweirädrigen Automobils an. Die Neuerung bestand darin, daß der Wagen statt der bisherigen vier nur zwei Räder hatte und sich mit Hilfe eines besonderen selbsttätigen Stabilisators im Gleichgewicht erhielt. Chrysopras ließ die Sache sachmännisch überprüfen, und da er sah, daß sie wirklich vielversprechend sei, fertigte er den Arbeiter mit fünf Hundertnoten und der Versicherung ab, daß sein „Patent“ sich in Wirklichkeit zu nichts eigne und das geschenkte Geld ein Almosen und nicht eine Entlohnung sei.

Trotzdem aber begann er mit der Erzeugung der zweirädrigen Automobile. Gleich die ersten Wagen erzielten einen unerwarteten Erfolg, die Kunde von ihnen, allerdings durch eine wirksame Reklame unterstützt, verbreitete sich rasch und im Laufe von zwei Jahren drangen die bekannten „Matadorwagen“ in die entlegensten Winkel der Welt. — Der Arbeiter klagte, verlor aber selbstverständlich den Prozeß, während das Vermögen des „Automobilkönigs“ in die Millionen wuchs. Zugleich wuchs aber auch seine Wohlthätigkeit. Er begnügte sich nicht mit der Erhöhung der Unterstützungen, die er humanitären Anstalten gewährte, auch nicht mit der Abfassung immer längerer moralisierender Artikel für Kinderzeitschriften, sondern rüdte endlich mit seinem

Geheimfonds heraus, der jetzt schon einige Millionen betrug, um ihn seiner rätselhaften Bestimmung zuzuführen. Mit noch nie dagewesener Reklame und ungeheueren Kosten gründete er die sogenannte „Pacif“, Aktiengesellschaft zur Verbreitung gegenseitiger Achtung und Liebe, sowohl unter den einzelnen Menschen als auch unter den Völkern, besonders aber der Idee allgemeiner Abrüstung und dauernden Friedens. Die Gesellschaft konstituierte sich tatsächlich, bemühte sich mit oft genug nicht gerade wählrischen Mitteln, möglichst viele Anhänger zu gewinnen, und entfaltete eine schieferhafte Propagandatätigkeit. Es schien, daß das Werk von unerhörtem Erfolge gekrönt sein werde, als ...

Doch hier ist es nötig, zum Verständnis der Sache die Aufmerksamkeit auf eine andere Gegend des Reiches Utopien zu lenken:

Das Palais des Multimilliardärs Vampir Arghyropas lag im schönsten Teile des Gartenviertels von Sudbille, der Hauptstadt des Südens von Utopien, die an Bevölkerungszahl selbst Nordbille übertraf. Seinen Besitzer hatten namentlich ... usw.

Es ist überflüssig ... usw.

Arghyropas war als Waisenkind ... usw.

der junge Arghyropas erkaufte die Situation, kaufte beiseiten ... usw.

Schon die ersten „Aerolokomotiven“ erzielten einen unerwarteten Erfolg und das Vermögen des „Eisenbahnkönigs“ wuchs in die Billionen.

Mit diesem wuchs aber auch zugleich seine Wohlthätigkeit, in der er vielleicht nur von Chrysopras übertroufen werden konnte. Um dem zuvorkommen, gründete er noch an demselben Tage, an dem er von der Entstehung der „Pacif“ erfuhr, die Konkurrenzfriedensgesellschaft „Cirenophora“ mit dem gleichen Programme und den gleichen idealen Zielen.

\* Griech.: Friedensbringerin. (A. D. U.)

Beide Gesellschaften mußten bei ihren Bestrebungen, sich zu erweitern, notwendigerweise aufeinander geraten. Sie veranstalteten wahre Wettrennen im Versprechen der mannigfaltigsten Vorteile für neueintretende Mitglieder, sie überzahlten mit schwindelerregenden Summen einzelne Zeitkräften, Kinos, Kirchen, Sportklubs, ja sogar ganze politische Parteien, damit sie ihre Propaganda unterstützten, sie überschwemmten Schulen, Aemter, Werkstätten, Kafernen, Theater, öffentliche Lokale, Restaurants und Kabarets mit Agitationschriften und erfanden überhaupt die durchtriebensten Mittel einer geradezu schon marktschreierischen Reklame. So wurden z. B. in einer Nacht die Bewohner aller bedeutenderen Städte von Utopien durch eine fürchterliche Kanonade aus dem Schlafe geweckt. Als sie entschliefen aus den Häusern liefen und einander verwirrt fragten, was denn los sei, hörte das Bombardement plötzlich auf und es ließ sich eine übermächtige hundert Kilometer weit vernehmbar Stimme hören, die gleichzeitig aus dreitausend, mit gigantischen, schallverstärkenden Rohren versehenen Granatmophonen hervorlarm: „Einzig und allein die „Pacif“ wird der Menschheit ewigen Frieden geben!“

Ein andermal wiederum brachten alle Zeitungen (für eine horrend Summe, wie sich später herausstellte) die mit goldblauen Buchstaben gedruckte Nachricht, daß in der Nacht vom ... auf den ... auf der Südseite des Himmels plötzlich um elf Uhr nachts ein bisher unbekannter Komet von riesigen Dimensionen auftauchen werde: Scharen von Neugierigen erbländeten aber statt des erwarteten Sternes — eine leuchtende, von Riesenreflektoren projizierte Inschrift:

„Der Komet kam nicht, weil er ein Vorbote des Krieges ist, während die „Cirenophora“ der Menschheit ewigen Frieden geben wird!“

Die Bevölkerung Utopiens zeigte für die Sache ein ungewöhnliches Interesse. Sie schied sich sofort in „Pacifisten“ und „Cirenophoren“ und diese beiden Lager begannen sich gegenseitig mit unerhörter Kampfmut zu befehden. Eine zeitlang traten alle politischen, nationalen, religiösen und Klassenunterschiede, ja sogar die Parteigängerschaft für Sportklubs in den Hintergrund. Täglich wurden Vorträge und Meetings veranstaltet, in denen stürmisch das Thema diskutiert wurde, welche von den beiden Gesellschaften wohlthätiger, humaner und friedliebender sei. Hierbei kam es nicht selten zu blutigen Kaufereien, gegen die sich die Staatspolizei ohnmächtig erweies.

Dies war ungefähr die allgemeine Situation zur Zeit, da das Parlament über das Projekt des Fabricius verhandelte.

Als Matador Chrysopras in den „Altpatriotischen Blättern“ die Nachricht von dem ablehnenden Votum des Bundeskulturausschusses las, die von zahlreichen Daten über die Person des „auf geheimnisvolle Weise verschwundenen“ Professors und von ausführlichen Beschreibungen seiner Erfindung glänzte war, enthielt er sich, trotz seiner rühmlichst bekannten Humanität und edlen Gesinnung, nicht eines lauten, ordinären Fluches. Rasch ließ er seinen Privatsekretär kommen und reichte ihm schweigend die Zeitung. „Mensch, begreifen Sie denn nicht?“ rief er nach einer Weile aus. „Als dieser verlegen zu husteln begann. „Begreifen Sie wirklich nicht, welche eine herrliche Gelegenheit wir uns haben entgegen lassen? Bei Gott, was für ein Agitationsmittel wäre diese Apathergie, oder wie sie das Zeugnenen, für unsere „Pacif“ gewesen! Und dieser Mel läuft einfach davon! Vielleicht hat er sich gar erhängt und das Geheimnis seiner Erfindung mit sich ins Grab genommen!“

(Fortsetzung folgt.)

### Die „nationale Eigenart“ des Bundes der Landwirte.

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit lieben es die Herren vom Bund der Landwirte, an ihre seitige Germanenbrust zu schlagen und die in Welt hinauszuposaunen daß sie die reinbütigen Vertreter der deutschen Belange sind und nichts grimmiger hassen als die rote Internationalität die ja „bekanntlich“ neben den Juden das deutsche Volk verflucht hat und heute noch ähnliche Verbrechen am deutschen Volk wagt. In einem der letzten Wahlaufsätze, worin die Landwirte den roten Volksverräter „Waldenbaum, Tellerreisen und Raubtiergruben“ in Aussicht stellten, falls sie es wagen sollten, „als Wölfe im Schafspelz im Abenddämmer über das Land zu schleichen“, hieß es am Schlusse: „Der Bund der Landwirte und die deutsche Gewerkschaft... sind die Grundpfeiler des unvergänglichen Deutschland.“ Das gilt alles aber nur für die Wahlen und für festliche Veranstaltungen, keineswegs doch, wenn es um die Belange des Geldsackes geht. In der Schugzollfrage, die gegenwärtig das Um und Auf der landwirtschaflichen Politik darstellt, paßiert man auch gerne mit dem nationalen Erfinden und man ist dessen Hilfe auch ziemlich sicher, wie Herr Moos Fick in der „Deimat“, dem Kreisblatt des Bundes der Landwirte andeutet. Herr Fick weiß bereits, wer mit den Landwirten in der Frage der festen Zölle gehen wird und errechnet gleich die Anzahl der Stimmen, die für den Schugzoll abgegeben werden:

Bund der Landwirte, Gewerkschaft und ungarische Nationale	24	Stimmen
Pösti wiaz robotn	1	„
Tschechische Agrarpartei	46	„
Landw. Sojus	1	„
Tschechische Gewerkschaft	13	„
Deutsche Christlichsoziale	13	„
Tschechische Christlichsoziale	4	„
Polnische Volkspartei	23	„
Tschechische Nationaldemokraten	13	„
Deutsche Nationalpartei	10	„
Tschechische Volkspartei	31	„
Zusammen	178	Stimmen

Es ist dies, wie man auf den ersten Blick sieht, ein buntes Völkergemisch: Tschechen, Slowaken, Polen und Ungarn sind bereit, mit deutschen Christlichsozialen, Deutschnationalen und Landwirtschaflichen das Jahrhundert in die Schranken zu fordern. Nun könnte allerdings jemand die bescheidene Meinung äußern, daß dieser landwirtschafliche Nationalismus bedenklich noch Internationalität riecht und darum gilt es rechtzeitig vorzugehen, was Herr Fick folgendermaßen auch geltend:

Es steht aber in der Frage, ob die deutschen Bauernvertreter mit den Vertretern der tschechischen Bauern stimmen werden, nicht bloß eine Randheit, sondern eine bodenlose Frechheit, welche sich zum Ziele setzt, in die Reihen des deutschen Landvolkes neuerlich Zweifel, Verdruß und Zerwürfniß hineinzutragen, indem es hingestellt wird, als ob mit der Zollbestimmung ein nationaler Verrat geknüpft wäre.

Wenn schon jemand die Absicht hat, diese bodenlose Frechheit zu begen, so wird er nunmehr gewiß davon absehen, um nicht direkt in den Verdacht zu kommen naiv zu sein. Und wenn schon das nicht hilft, so kann dieser Appell die Wirkung nicht verfehlen:

Gelingt es dem nationalen und internationalen Sozialismus, das Bauerntum von seiner Heimat, dem Vaterhaus, der eigenen Scholle loszutrennen, das Land zu proletarisieren, und der Weltgeltlichkeit als Großneude einzufügen, dann wird es mit der Wahrung einer nationalen Eigenart gründlich ausgespielt sein; gelingt es aber, den landwirtschaflichen Ruin der Bauern zu verhindern, dann wird der nationale Gedanke nicht bloß bestehen bleiben, sondern sich zu einem wuchtigen, allen feindlichen Anstürmen trotzenen Baume entwickeln. Nationale Verräter sind also alle jene, die dies durch Vernichtung der Bestandesmöglichkeit der deutschen Landwirtschafts bereiten.

Es ist zwar sehr schwer, sich das Land als Großneude vorzustellen, aber wenn es soweit kommen sollte, dann wird es mit der Wahrung dieser nationalen Eigenart wirklich gründlich vordereit sein. Wir werden jedenfalls darauf Bedacht nehmen, daß die nationale Eigenart der Bauernbündler, die vornehmlich sich in dem Bestreben äußert, dem arbeitenden Teil des deutschen Volkes das large Stück Brot noch mehr zu verteuern, nicht zu üppig geliebt.

### Die Freiheit der Wissenschaft in der Tschechoslowakei.

Die tschechischen sozialdemokratischen Blätter beginnen auch schon einzusehen, daß in der Tschechoslowakei nicht alles so rosig ist, wie es sich die tschechischen Arbeiter erträumen haben. So schreibt das Brünnener sozialdemokratische Organ „Straß sozialismus“:

„Auf dem Papier haben wir vollkommene Freiheit. Die Praxis schaut allerdings anders aus. Die wissenschaftliche Forschung hat über alle Zweifel festgestellt, daß der Papst Johann XXIII, der durch eine eigenartige Ironie des Schicksals dem Konzile vorsaß, vor dem sich das Vatikanische Staatsamt verantwortete, bevor er Papst wurde, ein Secräter gewesen ist. Schreiben darf man das bei uns, aber diese wissenschaftlich festgestellte Wahrheit auf einer öffentlichen Versammlung zu sagen, ist bei uns strafbar. Genau so darf man öffentlich nicht die historische Wahrheit sagen, daß bei der Heiligsprechung des Johann von Nepo-“

muß der katholischen Kirche ein großes Wagnis paßiert ist, daß sie nämlich jemanden als heilige Person verkündete, der niemals gelebt hat. Ueber irgendein Dogma der katholischen Kirche öffentlich den Zweifel auszusprechen, bedeutet gleichfalls Kriminal. Wie ist das möglich? Einfach deshalb, weil dies das Strafrecht aus den Zeiten der Monarchie verleiht. Darin ist der bekannte Paragraph 303, welcher Lasterer und Zweifler an den Wahrheiten der heiligen römischen Kirche und den Wahrheiten der sogenannten heiligen Schrift verfolgt. Und doch verkündet Artikel 1 der Verfassungs-urkunde ausdrücklich, daß Gesetze, die der Verfassungsurkunde widersprechen, ungültig sind. Daß der Paragraph 303 des Strafrechts der Verfassungsurkunde tatsächlich widerspricht, darüber kann nicht der geringste Zweifel sein. Die vollständige Gewissens- und Religionsfreiheit kann durch keinen anderen Paragraphen eingeschränkt werden, der diese Freiheit verbietet.“

Das alles ist ganz richtig, nur muß man daraus auch die Folgerungen ziehen.

Senator Dr. Stanik, Bürgermeister von Přebuz, hat sein Mandat im Senat niedergelegt. Stanik ist römisch-katholischer Geistlicher und hat die Mandatsniederlegung auf Geheiß des päpstlichen Stuhles vollzogen. Sein Nachfolger ist Milutin Křížo, der ebenso wie Stanik der Agrarpartei angehört.

Aus dem Abgeordnetenhause. Es finden folgende Sitzungen statt: Donnerstag, den 22. April, um 3 Uhr nachm. der Verkehrsausschuß, um 4 Uhr nachm. der Außenausschuß; Freitag, den 23. April um 11 Uhr vorm. der verfassungsrechtliche Ausschuß, um 11 Uhr vorm. der Gewerbeausschuß, um 3 Uhr nachm. das Subkomitee für Autorenrecht und um 4 Uhr nachm. der Budgetausschuß.

### Ausland. Wahlkampf in Estland.

In der Zeit vom 15. bis 17. Mai finden in Estland die Neuwahlen zum Parlament statt. Der Wahltag geht nach dem neuen Wahlgesetz vor sich, das der alte Reichstag noch kurz vor Torschlus durchpöbelte. Es sieht im Vergleich zu dem bisherigen Zustande vor, daß bei der Einreichung einer Kandidatenliste eine gewisse Summe hinterlegt werden muß, die an den Staat übergeht, wenn kein Kandidat der Liste gewählt wird. Diese Bestimmung hatte sich als notwendig erwiesen, da bisher unzählige, völlig aussichtslose Listen aufgestellt wurden und durch ihre Veröffentlichung der Staat finanziell eine ganz unnötige Belastung erfuhr. Die neue Wahlbestimmung hat zur Folge gehabt, daß für den jetzigen Wahlkampf von 14 Parteien 161 Listen eingereicht wurden, während bei den letzten Wahlen 163 Listen von 24 Parteien vorlagen. Bedenklich ist in dem neuen Wahlgesetz die Bestimmung, nach der Listen, auf die weniger als zwei Mandate entfallen, keinen Vertreter im Parlament erhalten. Hiergegen erhoben ganz besonders die nationalen Minderheiten (Deutsche und Russen) Einspruch, obgleich sie selbst von der neuen Bestimmung kaum betroffen werden dürften.

Der Wahlkampf ist bereits im vollen Gange und wird äußerst leidenschaftlich geführt. Das ist zu einem wesentlichen Teil auf die jahrelangen Kämpfe um das Landenteignungsgesetz zurückzuführen, das endlich vor wenigen Wochen mit einer Mehrheit von nur einigen Stimmen zur Annahme gelangte. Nach diesem neuen Gesetz kann ein Teil des an Bauern verpachteten Landes zugunsten der Pächter vom Staat enteignet werden. Der Wahlkampf spielt sich infolgedessen in der Hauptsache zwischen den Parteien ab, die sich im Kampf um dieses Enteignungsgesetz gegenüber standen: dem Bauernbund bzw. der Christlichen Volkspartei und der Arbeiterpartei sowie den Sozialdemokraten.

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Estlands haben sich in der letzten Zeit allerlei Unstimmigkeiten bemerkbar gemacht, die der Partei im Wahlkampf nicht von Vorteil sein werden. Wohl ist es zu einer direkten Spaltung nicht gekommen, aber der Gegensatz zwischen den früheren Rechtssozialisten und den „Unabhängigen“, die sich im vorigen Jahre zu einer sozialistischen Arbeiterpartei zusammengeschlossen haben, macht sich immer mehr fühlbar. Das Streben der früheren Unabhängigen geht dahin, den vielen Mitläufern der früheren kommunistischen Partei den Weg in die sozialistische Arbeiterpartei zu ebnen. Dabei hat sich eine neue estnische Arbeiterpartei aufgelöst, unter deren Gründern sich zwei aus der sozialistischen Partei ausgeschlossene frühere kommunistische Abgeordnete befinden.

Am Wahlkampf beteiligten sich schließlich auch die Minderheiten, die in der Hauptsache kulturelle Interessen verfolgen. In dieser Hinsicht ist Estland den übrigen Randstaaten weit voran gegangen, indem es den Minderheiten die volle nationale und kulturelle Autonomie gewährte. Die Erregung unter den deutschen Großgrundbesitzern des Landes über das Landenteignungsgesetz beschränkt sich auf einen kleinen Kreis und ist nicht insstande, das gute Einvernehmen zu trüben, das sich zwischen der deutschen Minderheit und der estnischen Mehrheit immer mehr anbahnt.

Anglo-italienisches Abkommen in Abessinien. Nach einer Meldung der „Times“ schlossen die englische und die italienische Regierung kürzlich ein Abkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Abessinien, nach welchem Italien die englischen Rechte bis zur Mündung des Blauen Nil in den Tanaisee anerkennt, während England den italienischen Absichten, im Hinterland von Ertria und Italienisch-Somaliland Eisenbahnen zu errichten, keine Hindernisse in den Weg legen will.

## Schwere Anklagen Ballavicinis in der Frankenfälscher-Affäre.

Budapest, 20. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erhob Marjgraf Pallavicini schwere Anklagen gegen die Regierung im Zusammenhang mit der Frankenfälscher- und K&F-Fälschungssache, wobei es wiederholt zu großen Lärmzügen kam. Marjgraf Pallavicini erklärte, er müsse sich pflichtgemäß mit der Frankenfälscher-Angelegenheit beschäftigen. Da ihm die Regierung die Möglichkeit verweigert habe, seine Anklagen in der Weise zu bereinigen, wie es am gerechtesten gewesen wäre. Er sei gezwungen worden, vor dem Untersuchungsrichter zu erscheinen und mußte sich als Zeuge auf Personen berufen, die er als Angeklagter nicht genannt hätte, worüber er sein Bedauern aussprach. Zwischen den Fälschungen von K&F und Frank-Noten bestehe unbedingt ein Zusammenhang, was schon daraus hervorgeht, daß in beiden Affären die gleichen Personen kompromittiert sind. Die Fälscher sind aber auch alle

Mitglieder von geheimen Gesellschaften und diesen Gesellschaften gehören auch Ministerpräsident Graf Bethlen und Finanzminister Stefan Rakovszki an, ebenso der Oberstaatsanwalt Sztrache, der die Untersuchung in der Frankenfälscheraffäre führte und der Gerichtspräsident Terck, der die Hauptverhandlung gegen die Fälscher leiten wird.

Pallavicini wendet sich dann gegen den Minister des Innern Rakovszki. Im Jahre 1922, als in Graz 500 K&F-Noten gefälscht wurden, seien die Fälschlinge auf Befehl Rakovszkis von einem Gendarmenleutnant nach Ungarn geschmuggelt worden. Ein Teil der Fälschlinge sei in den Nationalverband, ein Teil in die Villa Windischgrätz gebracht worden. Rakovszki sei damals weder Minister noch Abgeordneter gewesen. Er wurde damit betraut, die 500 K&F-Fälschlinge in der Slowakei zu verteuern. (Ungeheurer Lärm aus den Rängen der Regierungspartei. Rufe: Legen Sie Beweise vor! Minister des Innern Rakovszki: „Das ist eine gemeine Lüge!“)

Pallavicini fortfahrend: Rakovszki hat die ser Betrauung nicht Genüge geleistet. Rakovszki: Sie wurde mir gar nicht erteilt!

Pallavicini: Rakovszki hat den Antrag gestellt, da die 500 K&F-Noten nicht verwertet werden können, 50 K&F-Noten zu fälschen. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden, seine Beschuldigungen zu beweisen, erklärt Abg. Pallavicini, er sei geneigt, die Angelegenheit vor dem Gericht auszutragen, im Parlament jedoch verweigere er die Namhaftmachung seiner Zeugen.

Vorsitzender Scitovszki erklärt, da Pallavicini trotz wiederholter Aufforderung keine Zeugen nennen und seine Behauptungen nicht beweisen wolle, müsse er ihn zur Ordnung rufen und beantrage die Verweisung des Abgeordneten an den Immunitätsausschuß. Trotz der stürmischen Proteste der Opposition stimmt die Mehrheit dem Antrag des Präsidenten zu.

Pallavicini fährt fort, er habe vor dem Untersuchungsrichter angegeben, seines Wissens habe Sztravec den Bischof von Steinamanger Grafen Mike aufgesucht und ihm gesagt: „Ich bin im guten Glauben vorgegangen, da ich wußte, auch Bethlen ist mit uns.“ Im weiteren Verlaufe seiner Rede behauptet Pallavicini, bei Rakovszki habe vor Weihnachten eine Besprechung

mit dem Prinzen Windischgrätz und Rakovszki stattgefunden, wobei die Maßnahmen zum

Bertuschen der Frankenfälscher-Affäre erörtert wurden. In die Besprechungen sei auch Vater Benis einbezogen worden. Der Strohmannen verschaffen sollte. Dazu brauchte man jedoch Geld, und dieses war nicht vorhanden. Rakovszki habe von Rakovszki Geld verlangt und dieser habe es auch verprochen. (Großer Lärm und Gelächter.) In der Wohnung des Vaters Benis haben der Detektivchef Hetenyi und Windischgrätz eine Besprechung gehabt. Die Bertuschungsabsicht sei jedoch an dem Verhalten des Oberstadthauptmanns Marinovich gescheitert. Pallavicini erklärt schließlich, für seine Anklagen vor dem Gerichte einzustehen. Er hoffe, daß die Regierung gegen ihn den Verleumdungsprozeß anstrengen werde.

Minister des Innern Rakovszki erhebt sich, um die Ausführungen Pallavicinis sofort zu beantworten. Er erklärt, die Beschuldigung, die Pallavicini im Zusammenhang mit den 500 K&F-Noten gegen ihn erhoben habe, sei an und für sich lächerlich, wenn Pallavicini behauptet, er hätte eine Betrauung erhalten, die er jedoch nicht übernommen habe. Aber auch diese Behauptung sei nicht wahr; denn niemals habe man ihm eine ähnliche Betrauung übertragen. Zu jener Zeit habe er sich mit den Angelegenheiten der Flüchtlinge aus der Slowakei beschäftigt. Man habe ihn mit zahlreichen irredentistischen Plänen aufgesucht und ein Herr, den er nicht nennen wolle, da seine Pläne niemals zur Ausführung gelangten, erwähnte eine ähnliche Sache. Redner habe sich jedoch sofort von diesen Plänen abgemeldet und war nicht geneigt, daran teilzunehmen. Rakovszki und Windischgrätz habe er nicht wegen der Bertuschung der Frankenfälscher-Affäre zu sich gebeten, sondern, wie er wiederholt erklärt habe, um sich direkt von ihnen Daten zu verschaffen. Er tat dies, weil er über die Frankenfälscher-Affäre nichts wußte und erst nach ihrem Entstehen Kenntnis davon erlangte. Damals hörte er zum ersten Male den Namen Benis, welcher sich später wiederholt zur Audienz meldete, doch habe er ihn niemals empfangen. Es sei nicht wahr, daß Rakovszki zu Bertuschungszwecken Geld von ihm verlangt, um so weniger, daß er ihm solche versprochen hätte. Das sind lauter erfundene Feststellungen. Benis hatte Hetenyi umgarnen wollen, doch habe er, der Minister des Innern, im Wege des Oberstadthauptmanns Marinovich Hetenyi aufmerksam machen lassen, seinerlei Ueberredungen aufzusuchen. Für die Ausführungen Pallavicinis sei die Meinung charakteristisch, „daß er seine Rede auf Folgerungen aufbaue“.

Auf der oppositionellen Seite des Hauses ist man der Ansicht, daß dem Ministerpräsidenten Grafen Bethlen nunmehr nichts übrig bleibt, als Rakovszki aus seinem Kabinette zu entfernen, falls er sich nicht der Gefahr aussetzen will, von ihm mitgerissen zu werden. Die Antwort Rakovszkis auf die Anklage Pallavicinis hat auch auf der rechten Seite des Hauses einen sehr schlechten Eindruck gemacht, da sie gewissermaßen ein Geständnis enthielt. Namentlich die Stelle, wo Rakovszki erklärt, daß nach seiner Rückkehr aus der Slowakei ihn mehrere Freunde aufgesucht und aufgefordert haben, an der irredentistischen Bewegung aktiven Anteil zu nehmen, hat einen üblen Eindruck gemacht.

### Der Parteienkonflikt in Sachsen.

Einschüßung eines Schiedsgerichts.

Berlin, 20. April. (Eigenbericht.) Der Parteienauschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands war heute zusammengetreten, um zu dem in voller Schärfe ausgebrochenen Konflikt in der sächsischen Sozialdemokratie Stellung zu nehmen. Nachdem die Vertreter der Fraktionsmehrheit und der Fraktionsminderheit die Sachlage eingehend geschildert hatten, wurde beschlossen, schnellstens ein gemeinsames Schiedsgericht einzusetzen, das über den gegen die 23 Abgeordneten verhängten Ausschluß endgültig entscheiden soll. Einmütig wurde dann noch beschlossen, daß allen Versuchen, die Einheit der Organisation in Sachsen zu zerstören, aufs energigste entgegengetreten werden soll.

Im sächsischen Landtag gab heute die Fraktionsminderheit eine längere Gegenklärung gegen die von den 23 Rechtssozialisten in der vorigen Woche verlesene Erklärung über den Streit innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion und Partei ab. Die Erklärung befragt, die 23 hätten längst aufgehört, innerlich Sozialdemokraten zu sein. Sie ständen innerhalb der Partei völlig isoliert und hätten den Wäpferlichen geliebte die Interessen der Arbeiterpartei immer wieder aufs schwerste geschädigt. Eine Besprechung erfolgte nicht und ein kommunistischer Antrag, diese Frage zum Gegenstand einer Tagesordnung zu machen, wurde vom ganzen Hause einschließlich der Rechtssozialisten gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

### Asmus freigelassen

Berlin, 20. April. Im Prozeß Asmus verurteilte heute der Vorsitzende des Schöffengerichtes Chemnitz, nach Androhung scharfer Zuchthausstrafen für den Fall irgendwelcher Kundgebungen, das Urteil: der Angeklagte wurde freigesprochen die Kosten des Verfahrens sollen der Staatskasse zur Last. — In der Urteilsbegründung lehnt es der Gerichtshof ab, auf die Urprüfungen des nunmehr zum Abschluß gebrachten Strafverfahrens näher einzugehen. Aus dem Gang der Verhandlung hat das Gericht die Ueberzeugung geschöpft, daß Asmus, der nach seiner juristischen Qualifikation durchaus befähigt bleibt, die Geschäfte eines Staatsanwalts zu führen, im Bestreben, sich den Intentionen der ihm politisch gesinnungsdemovandten damaligen Landesregierung anzupassen, im Einzelnen bedenkliche Handlungen und Unterlassungen begangen habe. Immerhin habe sich aber der Tatverdacht im Laufe der Beweisaufnahme nicht zur der Gewißheit verdichtet, daß Asmus in dem vom Angeklagten behaupteten Sinne sich vergangen habe.

### Die Friedensverhandlungen in Udjda.

Udjda, 20. April. (Savas.) Die Abdelegierten übergaben dem Berichterstatter der „Agence Savas“ eine Erklärung, in welcher sie feststellen, man könne von ihnen nicht fordern, daß sie noch vor Eröffnung der offiziellen Verhandlungen und ohne Zustimmung Abd el Krims zwei Vorbedingungen annehmen, nämlich die sofortige Auslieferung der Gefangenen und die Verlegung der französisch-spanischen Stellung auf Sebete. Die gegenwärtig von den Rifabdehlen besetzt sind.

### Neue Putzschuorbereitungen in Bayern?

Berlin, 20. April. Der „Vorwärts“ und die „Rote Fahne“ veröffentlichen heute die von der bayerischen Regierung offiziös dementierten Ausführungen des Münchner Blattes „Münchener Post“, wonach in Nordbayern die vaterländischen Verbände neuerdings gemeinsame Waffenübungen und geheime Zusammenkünfte abhalten und Schießstände errichten. Die Mannschaften verfügen über Militärgewehre. Die Waffenschirme seien in jüngster Zeit ausgegeben und berechtigten den Inhaber bei Aufruf durch die Staatspolizeibehörden zum Dienste mit der Waffe und zur Festnahme von Personen. Der Putz soll für Mai in Aussicht genommen sein. Nicht nur die Hitlerleute, sondern auch die Gruppen der äußersten Rechten wollen die Taktik vom 1. Mai 1923 mit besserem Erfolge wiederholen.

### Demission der polnischen sozialdemokratischen Minister.

Vor der Demission des Gesamtkabinetts.

Warschau, 20. April. Ueber Beschluß des sozialdemokratischen parlamentarischen Klubs haben heute die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder, und zwar der Minister für öffentliche Arbeiten Barlicki und Arbeitsminister Ziemiński dem Ministerpräsidenten ihre Demission überreicht. Ministerpräsident Strzyński hat die beiden Demissionsgesuche dem Präsidenten der Republik vorgelegt. Dieser hat die Demission der beiden Minister angenommen und den Unterstaatssekretär Rybczynski mit der Leitung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und den Unterstaatssekretär Jankowska mit der Leitung des Ministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge betraut. — Im Sejmgebäude hielt Ministerpräsident Strzyński mit dem Sejmarschall Rataj und mit den Führern der sozialdemokratischen Fraktion eine Konferenz ab. Hierbei verteilte Sejmarschall Rataj den Standpunkt, der Ministerpräsident solle keine Demission des Gesamtkabinetts überreichen; die Führer der Sozialdemokraten äußerten die entgegengesetzte Meinung. Nach den Konferenzen mit den Führern der einzelnen Koalitionsparteien erklärte der Ministerpräsident, er habe für morgen eine Ministerratsitzung einberufen, in der die Demission des Gesamtkabinetts beschlossen werden wird.

### Das Urteil gegen den ermordeten Finanzminister Linde.

Warschau, 20. April. In dem Korruptionsprozeß gegen den inzwischen von einem Unteroffizier erschossenen ehemaligen Finanzminister Linde und zwei seiner Mitarbeiter, die in ihrer Eigenschaft als Beamte der Postsparkasse durch unkorrekte Kreditgewährungen den Staat um hohe Summen schädigten, wurde heute das Urteil gesprochen. Die Mitarbeiter Lindes wurden zu 1-2 Jahren Gefängnis und hohen Schadenersatz verurteilt. Gegen Linde konnte ein Strafteil nicht ausgesprochen werden, aber die Entschädigungsansprüche des Staates an die Erben wurden in der Höhe von rund anderthalb Millionen Zloty festgesetzt. Der Würde Lindes, der angibt, nicht aus persönlichen Motiven gehandelt zu haben, sondern um Linde für seine dem Staat schädigende Tätigkeit zu strafen, wird demnächst durch das Militärgericht abgeurteilt werden.

### Die Krise im englischen Bergbau.

London, 20. April. Nach Meldungen einiger Blätter hat sich die Hoffnung auf Beilegung der Kohlenkrise dadurch gebessert, daß die Grubenbesitzer sich bereit erklärt haben, auf einen einheitlichen Lohnvertrag einzugehen, welcher für ganz England Gültigkeit hätte. Der Widerstand gegen diese Forderung der Arbeiter war bis jetzt eines der Haupthindernisse zur Einigung.

### Zu spät gekommen.

Amsterdam, 20. April. Die Moskauer Internationale telegraphierte der Amsterdamer Internationale und bot ihr die Einberufung einer gemeinsamen Konferenz an, welche sich mit den Maßnahmen zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter in ihrem Kampfe gegen die Grubeneigentümer befassen würde. Die Amsterdamer Internationale antwortete, daß sie in dieser Angelegenheit bereits mit dem Ausschuß der Trade Unions, die der Amsterdamer Internationale angegliedert sind, zusammenarbeitet.

### Frankreichs Zahlungen an Amerika.

25 Millionen Dollars jährlich.

Paris, 20. April. „New York Herald“ erfährt aus Washington, daß die vorläufigen französisch-amerikanischen Verhandlungen über die Regelung der französischen Schuld an Amerika mit dem ersten Abkommen beendet wurden, welches die französischen Jahreszahlungen auf 25 Millionen Dollar jährlich für die nächsten 5 Jahre festsetzt. Später würden diese Ratenzahlungen progressiv erhöht werden.

# Die kommunistisch-hakenkreuzlerische Einheitsfront.

## Krebs beruft sich in einer hakenkreuzlerisch-kommunistischen Versammlung auf die Beschlüsse des Gablunger Jugendtages.

Das ausgezeichnete kommunistische Blatt in Augsburg, die „Internationale“, berichtet in einem großen Artikel, der sogar eine zweispaltige Ueberschrift trägt, über eine „interessante Hakenkreuzler-Versammlung“ in Gulau bei Bodenbach. Und diesmal müssen wir der „Internationale“ sogar recht geben: die Versammlung war wirklich interessant, vielleicht interessanter für die Arbeiter, als sich das nach dem Bericht der „Internationale“ feststellen läßt. Zunächst schon die Tatsache, daß die Kommunisten dem Herrn Krebs einen Gegenreferenten entgegenstellten (so wie das etwa unter ziel-einigen Parteien mit gewissen Differenzen üblich ist), daß aber mit dem kommunistischen Redner Korb, laut Feststellung des kommunistischen Blattes, nur sechs Kommunisten erschienen waren, während die übrigen 200 Besucher fast durchwegs Hakenkreuzler waren. Man sieht also: die Kommunisten werfen ihre ganze Macht in den Kampf gegen die Hakenkreuzler!

Von Kampf kann da aber auch wirklich nicht die Rede sein und Herr Krebs hat dem kommunistischen Redner sehr deutlich zu verstehen gegeben, daß mit Rücksicht auf die in Gablung zwischen Kommunisten und Hakenkreuzler geschlossene Einheitsfront doch mehr ein freundschaftliches Zusammenarbeiten natürlich wäre. Die „Internationale“ selbst berichtet hierüber:

Im Schlusswort sprach Abg. Krebs seine Verwunderung darüber aus, daß Genosse Korb von unüberwindlichen Gegensätzen spreche,

während in Gablung die kommunistische Jugend dem Kampf gegen das jüdische Großkapital und der Resolution zugestimmt habe, während nationalsozialistische Organisationen zum Kongreß der Betriebsausschüsse nach Prag eingeladen wurden.

Weber hat Herr Korb in der Versammlung diese Angaben des Herrn Krebs bestritten, noch versucht die „Internationale“, diese Behauptungen auch nur mit einem Worte abzuleugnen. Also ist die Gablunger Geschichte, woran wir ja nicht gezwungen sind, und nur der „Vorwärts“ nachträglich ein wenig abzuschwächen versuchte, im vollen Umfange wahr. Zuerst wollten die Kommunisten mit dieser schändlichen Einheitsfront, die sie als „Sieg“ ausgaben, paradien und wurden erst kleinlaut, als wir der Arbeitererschaft die ganze Verwerflichkeit dieses Spieles aufzeigten. Nun aber werden sie von den Hakenkreuzlern selber an diese Einheitsfront gemahnt.

Gemeinsames Auftreten am sozialen Jugendtage in Gablung, Einheitsfront im Reichenberger Kreisarbeiterausschuß der Jugendlichen, kommunistische Referenten in Hakenkreuzlerversammlungen und nationalsozialistische Delegierte auf einem kommunistischen Kongreß der Betriebsausschüsse — wir dächten, daß das doch Stoff genug zum Nachdenken für die kommunistischen wie für die Arbeiter überhaupt wäre!

## Tagesneuigkeiten.

### Frühling im Bergwerk.

Von Jaroslav Hasek.

Aus dem Tschechischen von J. Reissmann.

Von der Welt sie miteinander plauschten, Während sie im Schacht die Kohle brachten, Daß schon Winde über Felder rauschten, Und die Fluren ihre Kleider tauschten, Mit dem Zengengwand; daß linde Lüfte wehen Und des Frühlings Spur schon überall zu sehen.

Daß die Sträucher neue Blüten tragen, Auf den Bäumen grüne Blätter sprossen, Daß aus Redern frische Saaten schlagen, Und daß alles schön sei, nicht zum sagen, Herrlich schön sei, wunderbar schön — ein paar hundert Meter über ihnen.

Daß die Bächlein wieder fröhlich springen, Auf den Auen blaue Reischen drängen, Daß schon Vögel ihre Lieder singen, Die beinahe in den Himmel dringen, Und daß es noch Menschen gibt, die glücklich sind — ein paar hundert Meter über ihnen.

### Auslandspropaganda.

Neben der offiziellen Auslandspropaganda, die die „Prager Presse“ und das Außenministerium in gerade nicht immer glücklicher Weise betreiben, gibt es auch noch eine ganze Reihe freiwilliger Mitarbeiter auf diesem Gebiete. Einer dieser 100prozentigen Tschechoslowaken schildert in der letzten Nummer des „Pravda“, des Organes der noch immer unterdrückten tschechischen Minderheiten im „verdeutschten“ Gebiete, was es manchmal für Anstrengungen kosten kann, bevor man „sehr reichen und sehr intelligenten Leuten“ in Paris und London den richtigen Begriff von der Tschechoslowakei und ihrer sprachlichen Einheit beibringt. Der Arme muß dort Schreckliches erleben haben wenn er schreibt:

... aber ich habe andererseits auch viel Betrübenendes von denselben oder von anderen gehört, soweit es ihre sprachlichen Erfahrungen betraf. Und in der Mehrzahl waren alle diese überzeugt, daß sie zwar in der Tschechoslowakei sind, daß dies aber ein ganz deutsches Land sei, in dem nur eine verschwundene Minderheit tschechischer Nationalität sei, in dem sie nur deutsche Gespräche um sich herum hören ... Und im Ausland erfordert es viel mehr Aufklärung, daß sie im Irrtum waren, daß das alles tschechisches Land ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung Tschechen sind und daß sie nur in einem verdeutschten Winkel (!) waren ...

Trotz fünfjährigen Trommelfeuers unserer Auslandspropaganda wollen diese Ausländer also immer noch nicht glauben, daß Karlsbad, Marienbad usw. nur „verdeutschte Winkel“ sind. Da muß doch ein Bädergesetz einmal energisch Abhilfe schaffen! Ein Ausweg wäre noch möglich: Man muß auf der Stelle den Winkel, aus dem der Verfasser des Aufsatzes im „Pravda“ offenbar stammt, durch ein Gesetz zum größten Bäderort der Tschechoslowakei erheben und sofort mit der entsprechenden Auslandspropaganda für dessen Besuch einsetzen. Die sprachlichen Qualitäten dieses neuesten Weltkurortes würden sicher auch die verdächtigsten Leser des „Pravda“ voll und ganz befriedigen.

### Der heilige d'Annunzio.

d'Annunzio hat beschlossen, ein Heiliger zu werden. Von seiner „Einsiedelei“ in der luxuriösen Villa am Gardasee haben wir schon einmal berichtet. Dort hat sich d'Annunzio selbst zum Franziskanermönch geweiht und spaziert jetzt nur in einer braunen Mönchskutte herum. Er will unbedingt ein zweiter Franziskus von Assisi werden und dazu braucht er vor allem einige „Clarissinnen“. Das aber sind nicht gewöhnliche Kloster-schwärmerinnen, sondern pikante, hochmoderne Paradiesvögeln, Chansonfängerinnen und sonst so „Bühnerinnen“ dieses Genres. Immerhin tragen sie Nonnengewänder und majestätisch wallende Schleier, unter denen in feierlicher Erhabenheit Bubikopffrisuren und geschminkte Lippen ihres frommen Amtes walten. Ab und zu pilgert die kostümierte Gesellschaft unter demütigen Gebeten und obzönen Wigen nach Assisi und Rom — natürlich nicht barfuß und auf harten Steinen, sondern in gut gepolsterten Automobilen — und holt sich dort Ablass von den vielen alten Sünden und Zuwachs von neuen. Eine der „Clarissinnen“ tritt übrigens auch in der Mailänder Scala als St. Sebastian auf, und zwar, um die Naturtreue und Keuschheit mit dem heiligen Sebastian zu einer vollständigen zu machen — splitternaht. Das Nonnengewand ruht derzeit in der Gardarobe. Demnächst wird d'Annunzio vielleicht selber in dem von ihm verfaßten Ballett „Rosendornentanz“ als der Heilige auftreten, der, um die Lüfte des Fleisches zu ertöten, sich in Dornen aus — Papiermaché wälzt. Wenn das so weitergeht, wird der d'Annunzio wirklich bald reif sein fürs Heiliggesprochenwerden und — vorsichtshalber — auch fürs Irrenhaus.

Ein Beweis gegen die Gleichberechtigung der Frauen. Von Budapest ging in die Wiener Blätter eine Geschichte über, wonach eine achtzehnjährige Dame einen Herrn aus der „Gesellschaft“ (das ist nämlich die „vornehme“ Gesellschaft vom Solsölscher aufwärts) wegen einer Neuerung zum Duell gefordert habe. Aber als sie zum Fechten den Oberkörper entblößen sollte wie der Herr, habe sie das für unanständig und unmöglich erklärt, die Gentleman Sekundanten hätten auf der Forderung beharrt und schließlich sei die kampfesmutige Fechterin in einen Weinkrampf verfallen und habe die Waffe weggeworfen. Also „geriet das Frauenrecht auf Gleichheit ins Wanken“. Man kann ruhig annehmen, daß die ganze dumme Geschichte erfunden ist; aber selbst, wenn sie wahr wäre und eine dumme Gans aus der „Gesellschaft“ glaubte, die Frauenbefreiung bestehe in dem Rechte auf die nämlichen Dummheiten, wie das Duell eine ist — was hätte die Weigerung eines Mädchens, vor einigen küsternen Herrchen die Brust zu entblößen, mit der Gleichberechtigung der Frauen zu tun? Die bürgerliche Presse freilich drückt grinsend diese offenbar in einem Frankfurterkasino erfundene Anekdote ohne Protest ab, ja sie führt den — angeblichen — Weinkrampf des Mädchens als endgültigen Beweis gegen das Frauenrecht vor, obwohl die Budapest mütterlichen Helden weit öftere in — Brantweinkrämpfen verfallen dürften ... Ja, bei solchen Anlässen zeigt sich die ganze Unkultur und sonst verdeckte Gefährlichkeit der Geldsackpresse gegen alles, was nach Gleichberechtigung auch nur aussticht!

### Bombenattentat auf eine sibirische Stadt.

Bei einem Bombenattentat in der Stadt Sochan in Südsibirien in der Provinz Kwantung wurden 20 Männer, Frauen und Kinder getötet und 150 verwundet. Der Führer einer Räuberbande, die in den Ort einbrach, verlangte von den Einwohnern ein Lösegeld von 1000 Pfund. Als dies verweigert wurde, sandte der Räuberhauptmann

## Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Donnerstag:

Prag, 11.30: Landwirtschaftsfunks und Vorfachnachrichten; 12: Zeitsignal; 16.30: Nachmittagskonzert; 18: Deutsche Sendung Dr. Eder; Schürer: Kino und Radio; 20.02: Orchesterkonzert; 21.30: Chaminade; 22: Zeitsignal und Nachrichten. — Brunn, 14.30: Nachrichten; 19: Konzert des Brünner Gesangvereines „Hoerster“, 19.30: Konzert. — London, 20.25: Menckel'sche Klavierkompositionen; 21: Erster Teil des Oratoriums „Bemele“ von Fändel; 22: Humoristischer Abend. — Paris, 18.30, 21.45: Konzerte. — Berlin, 16.30: Volkstimliches. — Leipzig, 16: Nachmittagskonzert; 20.15: Schumann-Abend. — Braunsau, 20.25: Symphoniekonzert. — Frankfurt, 16.30: Konzert des Hausorchesters; 20.15: Arien und Lieder; 21.15: Koloraturkonzert. — Wien, 16.15: Nachmittagskonzert; 20.15: Wiener Abend. — Zürich, 21.15: Hauskapelle Gilbert.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Seine Leute in die Stadt. Diese drangen in das Theater ein, wo gerade eine Vorstellung stattfand. Die Panik in dem Theater nach dem Verfehen der Bomben war fürchterlich. Schwerverletzte wälzten sich in ihrem Blute, während die Räuber bei der allgemeinen Verwirrung entkamen.

Ein Entschuldigungsbillet aus einer Berliner Volkshochschule. „Sehr geehrter Herr Lehrer! Ich muß Sie hierdurch um Entschuldigung bitten, weil meine Töchter am Montag und Dienstag geschult haben. Es kam nämlich daher, mein Mann war am Sonntag mit einem Kollegen zusammengetroffen, natürlich ging's in die Kneipe, und es wurde mehr getrunken, als sie vertragen konnten. Als mein Mann am Abend nach Hause kam, hatte er so viel, daß er knapp stehen konnte, und da mein Mann einen Kopfschmerz hatte, ist er immer noch Genuss von Alkohol sehr jähzornig. Es kam leider so weit, daß ich mit meinen fünf Kindern flüchten mußte und bis 2 Uhr auf der Treppe gesessen habe und nachdem bei Leuten, die unter uns wohnen. Die kamen nämlich um 2 Uhr heim. Dann haben wir dann bis 7 Uhr früh gewartet; da ging mein Mann demnach fort, ich dachte nach Arbeit. Aber leider kam er um 11 Uhr schon wieder so betrunken an, und so ging es den ganzen Tag. Nun hatten die Kinder natürlich keinen Schlaf gehabt und haben sich am Dienstag erst ausgeschlafen. Mein Mann ist sonst sehr erbsam, aber dieser verdammte Alkohol — Mit Hochachtung Frau ...“

Tragisches Ende einer Sonntagsjagd. Dieser Tage begab sich eine größere Gesellschaft auf die Jagd nach Kaiserwalde bei Schlußena. Einer der Gäste, der Landwirt Schickanz, nahm Stellung in einem Gebüsch. Ein Jäger erblickte die Feder, mit der Schickanz' Hut geschmückt war und in der Meinung, daß sich dort ein Auerhahn aufhalte, schoss er auf ihn. Schickanz wurde schwer am Kopfe verwundet und wird wahrscheinlich seiner Augen beraubt sein.

Selbstmordversuch einer Dreizehnjährigen. Eine dreizehnjährige Bürgerhüterin in Wien wurde Montag nachmittag von ihrer heimkehrenden Mutter in der Küche der elterlichen Wohnung bewußtlos auf dem Boden liegend aufgefunden. Gasgeruch erfüllte die Küche, und der Wandspiegel stand offen. Nach den Erhebungen hat sich die Kleine aus Furcht vor Zurechtweisung wegen schlechten Fortganges in der Schule zu töten versucht. Die Rettungsgesellschaft leistete ihr Hilfe und brachte sie ins Spital.

Dorfbewohner, die die Feuerwehrlaute als ihren größten Feind betrachten. In Szeghen (Slowakei) entstand ein großer Brand, der mehrere Wohnhäuser und ein Warenhaus zum Opfer fielen. Die Feuerwehrlaute war bald zur Stelle und machte sich daran, den Brand einzubämmen. Die Bevölkerung des Dorfes suchte die Feuerwehrlaute in ihrer Arbeit zu hindern und ging sogar so weit, daß sie einige Feuerwehrlaute verprügelte. Schließlich mußte Gendarmerte zu Hilfe geholt werden, die eine strenge Untersuchung einleitete. Dabei stellte es sich heraus, daß die Dorfbewohner die Feuerwehrlaute für ihre größten Feinde hielten. Ein Böschmeister wurde durch einen Stich mit einer Heugabel schwer verletzt.

Drei Selbstmorde an einem Tag. Gestern erschoss sich auf dem Brünner Zentralfriedhof, vor dem Familiengrabe, der 22jährige Fritz R., ein Vetter der vor einigen Tagen verunglückten Frau Hannal. — Am israelitischen Friedhof erschoss sich der 46jährige Tuchhändler Leopold M. — Der 32jährige Fuhrwerker E. M. in Gerspitz vergiftete sich mit Nylol. Er starb während der Ueberführung durch die Freiwillige Rettungsgesellschaft.

Ein unterirdischer Kanal. Daß Schiffe auch unterirdisch verkehren, dürfte bisher noch nicht dagewesen sein. Jetzt ist es erreicht, denn die Untertunnelung des Höhenzuges von Nerthe, die notwendig war, um das Werk des Marsailles-Rhone-Kanal zu Ende zu führen, ist nun fertiggestellt und wird in nächster Zeit dem Verkehr übergeben. Der Tunnel führt den Namen Robertunnel, hat eine Länge von 7 1/4 Kilometer und eine Breite von 20 Metern. Mit seinem Bau wurde bereits 1916 begonnen, und zwar ist der Erbauer der Ingenieur Chagnaud, von dem auch das Projekt der ersten Untergrundbahn in Paris stammt. Um den Tunnel fertigzustellen, mußten nahezu zweieinhalb Millionen Kubikmeter Gesteinsmassen entfernt werden.

**Raubüberfall auf einen auswanderungslustigen Kanaren.** In Bodmeritz hat der 20jährige Paul Krejčovič seinen Hof um 20.000 K verkauft, um mit diesem Betrage nach Kanada auszuwandern. Er wollte auch seinem Vetter Joh. Remšak, gleichfalls einem Landwirt, der jedoch unbemittelt ist, das Geld für die Ueberfahrt vorstrecken. Während er die nötigen Formalitäten zu erledigen hatte, verbrauchte er jedoch mit seinem Vetter und einigen Freunden beinahe die Hälfte des zur Reise bestimmten Geldes. Am Samstag, als er mit den Freunden wieder im Gasthaus saß, mochte ihm einer von diesen den Vorschlag, auf einem benachbarten Hofe Kartoffel zu stechen. Das war aber nur ein Vorwand, um ihn ins Freie zu locken, wo die drei über ihn herfielen, ihn festsetzten und in einen Brunnen warfen. Krejčovič konnte sich jedoch retten und die drei verhaften lassen. Im Besitze eines der Verhafteten, eines Verwandten namens Johann Krejčovič, wurde der geraubte Betrag von 9700 K gefunden. Die drei Angreifer wurden der Preshburger Staatsanwaltschaft eingeliefert.

**Eine schwere Sturmflut hat der größte deutsche Fohsdampfer „Hamburg“ auf seiner ersten Ausreise zu bestehen.** Bald nachdem er Southampton verlassen hatte, geriet er in einen Orkan. Drei Tage und Nächte lang mußte sich das Schiff durch die wild erregte See bei Windstärke 11 durchkämpfen. Das Vorderdeck hob und senkte sich bis zu zehn Metern, Sturzspeeren überspülten das Schiff. Seit Sonntag ist ein Nachlassen der Stürme zu bemerken; dafür hat ein dichter Nebel eingesetzt. Trotzdem ist das „Sportbed“ seit dem Nachlassen der schwersten Wellen wieder in Betrieb genommen.

**Durch eine Rakete getötet** wurde auf dem Flughafen Tempelhofer Feld (Berlin) ein Arbeiter, der anlässlich der Anwesenheit der mexikanischen Studienkommission einige Raketen abfeuern sollte. Eine der Raketen explodierte vorgezigt und tötete den Arbeiter Fritz Koller die Halsschlagader. Die anwesenden mexikanischen Ärzte bemühten sich sofort um den Verletzten und klammerten die Schlagader ab. Koller verstarb trotzdem auf dem Transport zum Krankenhaus.

**Vollzählung in Preußen.** Die am 16. Juni 1926 abgehaltene Volkszählung hat — wie jetzt bekanntgegeben wird — soweit Preußen in Frage kommt, einen starken Rückgang der fremdsprachigen Minderheiten ergeben. Als Anhaltspunkt hierfür hat die preussische Statistik die Angaben über die Muttersprache genommen. Während die Zahl der Personen, die zwei Muttersprachen angegeben haben, gestiegen ist, sind die Angaben der polnisch, masurenisch oder dänisch sprechenden Bevölkerungsteile in Preußen zurückgegangen. In 11 Kreisen der alten Provinz Ostpreußen ist die Zahl der Masuren von 172.000 im Jahre 1910 auf 43.000 im Jahre 1925 gesunken. Die Zahl der Personen mit deutscher und masurenischer Muttersprache ist von 12.700 auf 26.700 gestiegen. In 19 ober-schlesischen Kreisen ist die Zahl der Polen von 579.000 im Jahre 1910 auf 155.000 im Jahre 1925 gefallen, während sich die Zahl der Personen mit deutscher und polnischer Muttersprache von 51.000 auf 374.000 vermehrt hat. In drei Kreisen des Ruhrgebiets, die 1910 die stärkste polnische Bevölkerung hatten, scheint die Zahl der reinen Polen auf fast ein Zehntel, die der Polen und Doppelsprachigen zusammen auf ein Drittel bis ein Viertel zusammenschmolzen zu sein. Ein ähnlicher Rückgang ist bei den Dänen in Nordschleswig zu beobachten. In keinem der gemischt-sprachigen Gebiete haben die fremdsprachigen Minderheiten das Übergewicht. Selbst in Oberschlesien haben nur 43% der Bevölkerung polnisch oder polnisch und deutsch als Muttersprache angegeben, dagegen mehr als 50% deutsch. In den gemischt-sprachigen Gebieten versteht außerdem der allergrößte Teil der fremdsprachigen Personen die deutsche Sprache.

**Große Unterschlagungen.** Wie der Berliner „Sozial-Anzeiger“ meldet, sind beim Reichsverband der Automobilindustrie, der seine Büros in Berlin hat und dem alle großen und mittleren, wie auch einige kleinere Automobilfabriken Deutschlands angehören, große Unterschlagungen aufgedeckt worden. Der 35jährige Kassier des Verbandes Schäuffer ist verhaftet worden. Das geschäftsführende Mitglied Sperling und zwei andere Angestellte sind von ihren Kenntnissen suspendiert worden. Dem Blatte zufolge soll der Verband insgesamt um rund eine Million Mark geschädigt worden sein.

**Vier Arbeiter verhaftet.** Im Hafen der Fische „Medlinghausen I“ stürzte ein großer Teil der auf einer Schütterschiff liegenden Kohle ab und begrub vier Arbeiter unter sich, von denen zwei nur mehr als Leichen geborgen werden konnten, während die beiden anderen unverletzt blieben.

**Die Ortschaft Hoopulo in Südwest-Hawaii** ist durch Lavamassen des Vulkanes Mouna Loa, der bereits seit einer Woche ununterbrochen in Tätigkeit ist, völlig zerstört worden. Die Lava ist an manchen Stellen bereits 50 Fuß hoch und fließt ins Meer ab. Amerikanische Marineflieger wollten nähere Feststellungen über die Art und Ausdehnung der Katastrophe machen, mußten jedoch umkehren, da in 1000 Meter Höhe noch eine derartige Hitze herrschte, daß eine Beobachtung unmöglich war.

**Grundwetterkarten für den Atlantik** hat der durch die Rettung Schiffbrüchiger bekannt gewordene Papag-Dampfer „Westphalia“ zur Einführung gebracht. Von der Deutschen Seewarte in Hamburg sollen über den Funkender der Deutschen Reichspost in Norddeutsch dem Dampfer die Zusammenstellungen der jeweils neuesten Wetterkarten gesandt werden.

**Amundsen-Luftschiff „Norge“** soll seinen Flug nach Spitzbergen am 24. April antreten. Man nimmt an, daß das Luftschiff die ganze Entfernung in 40 Stunden zurücklegen wird.

**Die Hygieneausstellung in Berlin** ist als Aufhalt zur Reichsgesundheitswoche am Sonnabend er-

# Beschlüsse der Bergarbeiter-Internationale.

Wir haben bereits kurz über die Brüssler Tagung der Bergarbeiter-Internationale berichtet und tragen noch einiges, dem Berichte des „Glückauf“ folgend, nach:

Am 14., 15. und 16. April tagte in Brüssel das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiterverbandes. Vertreten waren Deutschland, Belgien, Frankreich, Tschechoslowakische Republik, Holland, England, ihr Fernbleiben haben entschuldigt: Oesterreich, Amerika, Polen, Rumänien und Ungarn.

Die englische Delegation war durch Verhandlungen am 13., 14. April verhindert und es konnte nur ein Delegierter zu der Sitzung am 15. April erscheinen, während die übrigen englischen Delegierten erst am 16. April erscheinen konnten. Aus dem

## Bericht des internationalen Sekretärs Hodges

ging unter anderem hervor, daß der australische Bergarbeiterverband mit rund 25.000 Mitgliedern auf seinem Landeskongreß den Beitritt zum Internationalen Bergarbeiterverband beschlossen hat. Weiter erstattete Hodges einen Bericht über die Beschlüsse bezüglich der Unterstützung der Anthrazitbergarbeiter, wo er mitteilt, daß die meisten Länder grundsätzliche Beschlüsse gefaßt hätten, die amerikanischen Bergleute zu unterstützen, daß aber die Unterstützungsdaktion durch den mittlerweile erfolgreichen Abschluß des Kampfes hinfällig wurde. Nur die Bergarbeiter der Tschechoslowakei haben 1000 Dollar für die amerikanischen Bergarbeiter abgefunden.

Das Internationale Komitee hat sich weiter mit einer Reihe von Fragen beschäftigt und Beschlüsse gefaßt, die die Vorbereitung und die Tagesordnung des

## Internationalen Bergarbeiterkongresses August 1926 in Krakau

betreffen. Am 14. April nachmittags erstattete Husemann einen Bericht über seine Eindrücke und Feststellungen in den Kohlenrevieren Amerikas.

Am 15. April erstattete der mittlerweile erschienene Kamerad Richardson einen längeren Bericht über die

## Situation im englischen Bergbau,

insbesondere wie sie nach dem Bericht der königlichen Kommission und nachdem die Regierung diesen Bericht annehmen erklärte, entstanden ist. Schwierigkeiten, die besonders dadurch entstanden sind, weil die vom August des Vorjahres gewährten Staatssubventionen nach Bericht der Kommission ab 1. Mai aufhören und die Unternehmer diese Staatssubventionen durch Lohnherabsetzungen und längere Arbeitszeit hereinbringen wollen, während die Bergarbeiter Englands fest auf dem Standpunkt stehen:

1. keine Verlängerung der Arbeitszeit,
2. nur Reichsregelung der Lohnfrage,
3. kein Lohnabbau.

Die Unternehmer wollen vor allem — und

öffnen worden. Der Rundgang durch die Ausstellungshallen zeigt, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage eine große Zahl führender Firmen, vor allem der Lebensmittelbranche, und der modernen Hygiene sich zu einer informierenden Leistungsschau zusammengeschlossen haben. Im oberen Stockwerk des Funkhauses ist die Ausstellung „Gesundheitsfürsorge für unsere Zeit“ untergebracht, die den ganzen Komplex der Gesundheitsfürsorgeeinrichtungen nach ihrem neuesten Stand veranschaulicht. In 9 Abteilungen gewinnt man ein umfassendes Bild von den Fürsorgemaßnahmen, die Gemeinden, Versicherungen und Krankenkassen dem Staatsbürger angeheihen lassen. Man sieht die Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die Fürsorgemaßnahmen für Schwerhörige, Ertaubte, die Schuljahrskliniken, die Einrichtungen für Berufsberatung, die Inneneinrichtung von Tuberkuloseanstalten, die Beratungsstellen für Geschlechtskranke und den Kampf gegen den Alkohol an Hand von Tabellen und Modellen dargestellt. Die Ausstellung wird bis zum 25. April der Öffentlichkeit zugänglich sein.

**Ein Geldschrankknacker-Examen** hat die Minimag-Gesellschaft am Sonnabend in Berlin vor Vertretern der Geschäftswelt, der Kriminalpolizei und der Presse vorgeführt. Es handelt sich um einen neuen Geldschrank, System Tügen, an dem sich die „Sachverständigen“ aller Versuche versuchten, ohne den neuen Geldschrank „knacken“ zu können. Ein Arsenal von Einbrecherwerkzeugen war von den „Interessenten“ mitgebracht worden, vom Brechstein, Stachmeißel bis zum Sauerstoffgebläse und Schneidbohrer. Die erste Panzerplatte war in einigen Minuten durchschnitten. Dann widersteht sich ein Amb-Massiv aus härtestem Material von Eisenstäben durchzogen jedem weiteren Versuch.

**Die Mühlen der Gerechtigkeit** . . . Ein Mitbürger der amerikanischen Stadt New Jersey feierte vor kurzem seinen 95. Geburtstag und wurde aus diesem Anlaß nach amerikanischer Sitte von der Presse eifrig interviewt. In alle Zeitungen kam seine Lebensgeschichte und sein Bild. Darauf meldete sich einige Tage später bei dem Greise der Sheriff einer kleinen Stadt im Westen mit einem — Haftbefehl. Aus den Mitteilungen der Presse hatte der Sheriff festgestellt, daß der Jubelgreis identisch mit einem Manne war, der vor ganzen 45 Jahren wegen Diebstahls eines Wagens verhaftet gewesen, aber aus dem Arrestgefängnis der Stadt im wilden Westen entwichen war. Offenbar ist dieser Westen so wild, daß man dort noch niemals etwas von Verjährung gehört hat. Natürlich macht die amerikanische Presse, die angeheint den

es ist das Hauptziel ihres Vorgehens — die Lohnfrage revierweise regeln, ein Reichsabkommen nur im allgemeinen, nicht einschließlich der Lohnfrage treffen. Die Bergarbeiter legen auf die Frage des Reichstarifes die größte Bedeutung.

Die Frage sei noch verschärft dadurch, daß die Unternehmer in verschiedenen Revieren die Tarifverträge schon gekündigt, bzw. neue, herabgesetzte Löhne auf den Gruben schon platziert hätten. Wenn diese Maßnahmen nicht zurückgenommen werden, dann erfolgt mit Sicherheit ab 1. Mai in diesen Revieren der Streik, der alle Bergarbeiter Englands verpflichtet.

Die Verhandlungen in den letzten Tagen hätten das Ergebnis gehabt, daß die Regierung (Baldwin) erklärte, falls sich die Bergarbeiter und die Bergwerksbesitzer einigen, sei sie bereit, noch für eine Zeit von ungefähr 3 Monaten den schwerbedrohten Revieren Subventionen weiter zu gewähren.

Die Trades Unions (englische Gewerkschaftskommission) stehen mit dem Bergarbeiterverband in ständiger Verbindung und unterstützen die Forderung und Haltung der englischen Bergarbeiter. Die Diskussion über diesen wichtigsten Punkt der Tagesordnung nahm einen größeren Umfang an, an der sich die Delegierten aller Länder beteiligten. Das Ergebnis der Debatte und des Berichtes fußt in einer vom Internationalen Komitee einstimmig angenommenen

## Entscheidung

folgenden Wortlautes:

Die internationale Kohlenkrise führt in wachsendem Umfange zu schweren sozialen Konflikten in den bergbaureichenden Ländern. Eine Erleichterung der Lage und die Ueberwindung der Krise kann nur durch internationale Regelung der Kohlenwirtschaft herbeigeführt werden.

Das Internationale Exekutivkomitee begrüßt daher lebhaft die feste Haltung der britischen Bergarbeiter gegen Verlängerung der Arbeitszeit, Reduzierung der Löhne und gegen den versuchten Bruch des Reichstarifes. Das Internationale Komitee erklärt sich für die volle Unterstützung der britischen Bergarbeiter und ist bereit, im Bedarfsfalle die nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Einfuhr von Kohle nach Großbritannien zu verhindern.

Für den Fall, daß diese Maßnahmen nach Prüfung der zuständigen Landesverbände einen internationalen Streik einschließen sollten, kommt das Internationale Komitee überein, jede Landesorganisation zu verpflichten, den Streik nicht eher zu beenden, bevor nicht in allen im Kampfe stehenden Ländern eine gesunde Grundlage für die Wiederaufnahme der Arbeit gegeben ist.

Das Internationale Exekutivkomitee gilt im Falle eines internationalen Streikes als Streikaussschuh, dessen Anweisungen für alle Länder bindend sind.

Vorsoll durchaus ernst nimmt, jetzt eine großartige sentimentale Kampagne für die „Amnestierung“ des alten Sünders.

**Wetterüberblick vom 20. April.** Montag hielt in der ganzen Republik das unbeständige Wetter bei vorwiegend bewölkttem Himmel an. Im Süden des Staates erhoben sich die Höchsttemperaturen auf 19 bis 20 Grad Cels. (Preshburg, Znam). Vom Westen her rückte eine neue Regengasse über das Staatsgebiet ein, die in den nördlichen Teilen Böhmens Gewitter brachte. Ergiebigeres Niederschlagsmeden: Trautenau 21, Wädenswert 10, Donnersberg 9, Prag 7 mm. — Wahrscheinliches Wetter von Mittwoch: Anbauern des unbeständigen Wetters, Neigung zu Schauern, Temperatur wenig geändert. West- bis Nordwestwind.

## Humor.

Frau Lehmann hatte etwas Geld geerbt und kurz entschlossen mietete sie ein kleines Landhäuschen und begann eine Hühnerzucht. Sie kaufte ein Huhn und legte ihm 12 Eier unter. Damit aber war ihre ganze Wissenschaft erschöpft und die Geschichte funktionierte nicht. Sie schrieb also an ein landwirtschaftliches Blatt und bat um kurze Anleitung. Untwendend hatte sie den Bescheid: „Drei Wochen Brutzeit bis die Hühnchen, und vier Wochen bis die kleinen Enten herauskommen.“ — Nach Verlauf von drei und einer halben Woche erhielt die Redaktion des Blattes ein Schreiben von Frau Lehmann: „Haben Sie besten Dank für Ihre Ratsschläge, aber da nach der angegebenen Zeit von drei Wochen waren noch keine Hühner ausgeflogen, und da mir an Enten nichts liegt, hab' ich die Glucke von den Eiern runtergenommen.“ (Wsl. III. Jtg.)

Während des katholischen Religionsunterrichtes in einer Erziehungsanstalt läuteten die Glocken der evangelischen Kirche des Ortes, und da das Fenster im Klassenraum offen gelassen war, stand plötzlich ein Schüler auf und fragte: „Herr Pastor, darf ich das Fenster schließen, die Konkurrenz läutet.“

**Das Komma.** „Also, Ihr Bruder ist nicht mehr mit Fräulein Müller verlobt?“ — „Nein, er will sie nicht.“ — „Ja, daselbe habe ich auch gehört, nur haben Sie ein Komma vergessen: Er will, sie nicht.“

**Zeitgemäß.** „Hör' nur, lieber Anton, wie geheimnisvoll das Epenlaub klistert. Wenn die Epen reden könnte, was würde sie jetzt sprechen?“ — Bräutigam (Sprachlehrer): „Jedenfalls Epen-rant!“ (Drummbär.)

# Volkswirtschaft.

## Vom Kohlenexport zum Bergarbeiterexport.

Mit diesen Worten charakterisiert ganz richtig der Tätigkeitsbericht des Trautenauer Revierrates der Bergarbeiter die Entwicklung im tschechoslowakischen Bergbau. Im verflochtenen Jahre hat sich im dortigen (Schlagler) Revier die Krise wie nie zuvor ausgewirkt. Sie führte zu einer namhaften Herabsetzung des Standes der Belegschaft. Während im Jahre 1924 durchschnittlich 3286 Arbeiter arbeiteten, die etwa 4,4 Millionen Meterzentner Steinkohle produzierten, arbeiteten im Jahre 1925 durchschnittlich nur 2583 Arbeiter und erstellten eine Produktion von 3,8 Millionen Meterzentnern. Die Betriebe arbeiteten von Neujahr bis in die Sommermonate bloß vier bis fünf Schichten in der Woche. Durch langwierige Verhandlungen mit den Unternehmern konnte eine Herabsetzung der Zahl der zu Entlassenden erzielt werden. In der Krise lernten auch die Arbeiter die vollkommene Ungültigkeit des Center Systems der Arbeitslosenunterstützung kennen. Der Revierrat hat Notstandarbeiten durchgeführt (Bau von Straßen), wodurch ein Teil der Arbeitslosen beschäftigt werden konnte.

Sehr interessant ist auch, aus den, dem Berichte beigegebenen Tabellen festzustellen, daß die Arbeiterlohnkosten pro Meterzentner ständig fallen. Während im Jahre 1921 die Lohnkosten pro Meterzentner 14,01 Kronen betragen, sanken sie im Jahre 1922 auf 12,12, 1923 auf 6,9, 1924 auf 6,1 und 1925 auf 5,38 Kronen. Davaus geht die Leistungsfähigkeit der Arbeiter im Kohlenbergbau deutlich hervor.

**Der Streik der Prager Wäschenäherinnen** erfolgreich beendet. Nach zwochziger Dauer ist unter Vermittlung des Prager Gewerbeinspektors und unter Einflußnahme der Prager Gemeindevertretung der Streik der Wäschenäherinnen in Einvernehmen aller Arbeiterorganisationen beendet worden. Die Bedingungen des Streikabchlusses sind für die Arbeiterinnen nicht ungünstig. Durchgesetzt werden konnte die Erhaltung der bezahlten Freitage, die Feuerungszulage und die Zuteilung von Zivita. Der Arbeitsantritt erfolgte am 20. April.

**Sturz des polnischen Bloth.** An der Prager Börse ist der polnische Bloth gestern beträchtlich gefallen. Während er vorgestern zu einem Kurs von 363,50 gehandelt wurde, bekam man bei der Eröffnung der gestrigen Börse 100 Bloth bereits um 300 Kronen.

**Prager Produktbörse.** (Zijstliche Bericht vom 20. April.) Obwohl die Börse durch die Frage der Einführung von Zertifikaten über den Warenursprung etwas verstimmt ist, war die heutige Haltung im Einklange mit den ausländischen Märkten sehr fest. Am Getreidemarkte wurden insbesondere Weizen und Hafer gesucht und zogen bestwoegen an. In Roggen und Gerste herrschte großes Angebot und infolgedessen vermochten sich die letzten Preise, die allerdings höher gehalten wurden, nur zu behaupten. Am Mehlmarkt war eine bessere Stimmung gleichfalls sichtbar, obwohl die feste Tendenz in den Preisen nicht zum Ausdruck kommt. Auch für Mais war eine gute Stimmung. In Futtermitteln wurde hauptsächlich Heu teurer, nachdem einer großen Nachfrage nur geringes Angebot gegenüberstand. In übrigen Futtermitteln war auch Meie sehr fest. Am Samenmarkt ist die Hauptjaison schon vorbei und das Geschäft war ruhig. Hülsenfrüchte ohne Aenderung, Fettpreise stetig. Am Kolonialmarkt bleiben die letzten Preise aufrecht. — Es notierten in K8: Böhmi. Weizen, Prag 210—215, böhm. Roggen, Prag 128—130, Merkantilgerste, Prag 135—140, böhm. Auswahlgerste, Prag 150—155, böhm. Hafer, feuchter, Prag 135—138, böhm. Weisshafser, Prag 148—150, amerik. Patentmehl, Teischen 3,55 bis 3,65, Weizenmehl OSH 3,60—3,65, Weizenbrotmehl Nr. 4 2—2,10, Roggenmehl Ofl 2,40—2,45, Weizen Grieß 3,70—3,80, Reis Burma II, Teischen 2,85—2,90, Reis Arrocac, Teischen 2,95—3,30, Reis Moulman extra, Teischen 3,50—3,55, Reis italien., poliert, Prag 4,20, Kaffee Rio 27,50—28, Kaffee Santos 30—33, Kaffee Quotemala 34,50—38, Portorico 37,50—39, Tee Quochung 51, Tee Orange Becco 58—65, Parimandeln 34, Mandeln geklaubte 36, Rosinen 15—22, Mohrn böhm. 10—10,50, Nümmel böhm. 4,20—4,70, Kümmel holländischer 5 bis 5,25, Erbsen grüne 2,80—3,20, Erbsen gelbe 1,75 bis 2,20, Erbsen Viktoria 2,50—2,80, Linsen 3—4, Weizhohnen 1,80—1,70, Hirse 2,85—3,05, amerik. Fett, Teischen 13,40—13,60, Fett ungar., Spob 14 bis 14,20, Eßkartoffeln, Verlobestation 30—33, Mais jugosl., Preshburg 105, Mais rumän., Kleinlörriger, Oberberg 123, Mais Cinquantino, Oberberg 126, Mais La Plata, Teischen 138, Heu böhm. Iosek, Prag 69—71, Heu böhm., gepreßt, Prag 80 bis 82, Futterstroh gepreßt, Prag 40, Strohstroh gepreßt, Prag 44—45, Sanastroh, Prag 52—56, Weizen- oder Roggenkleie inkl. Säde, Verlobestation 95—105, Maßblüte 85—105, Rapskuchen 160 bis 180, Seinkuchen 180—195.

Das Internationale Exekutivkomitee gilt im Falle eines internationalen Streikes als Streikaussschuh, dessen Anweisungen für alle Länder bindend sind.

Vorsoll durchaus ernst nimmt, jetzt eine großartige sentimentale Kampagne für die „Amnestierung“ des alten Sünders.

**Wetterüberblick vom 20. April.** Montag hielt in der ganzen Republik das unbeständige Wetter bei vorwiegend bewölkttem Himmel an. Im Süden des Staates erhoben sich die Höchsttemperaturen auf 19 bis 20 Grad Cels. (Preshburg, Znam). Vom Westen her rückte eine neue Regengasse über das Staatsgebiet ein, die in den nördlichen Teilen Böhmens Gewitter brachte. Ergiebigeres Niederschlagsmeden: Trautenau 21, Wädenswert 10, Donnersberg 9, Prag 7 mm. — Wahrscheinliches Wetter von Mittwoch: Anbauern des unbeständigen Wetters, Neigung zu Schauern, Temperatur wenig geändert. West- bis Nordwestwind.

## Humor.

Frau Lehmann hatte etwas Geld geerbt und kurz entschlossen mietete sie ein kleines Landhäuschen und begann eine Hühnerzucht. Sie kaufte ein Huhn und legte ihm 12 Eier unter. Damit aber war ihre ganze Wissenschaft erschöpft und die Geschichte funktionierte nicht. Sie schrieb also an ein landwirtschaftliches Blatt und bat um kurze Anleitung. Untwendend hatte sie den Bescheid: „Drei Wochen Brutzeit bis die Hühnchen, und vier Wochen bis die kleinen Enten herauskommen.“ — Nach Verlauf von drei und einer halben Woche erhielt die Redaktion des Blattes ein Schreiben von Frau Lehmann: „Haben Sie besten Dank für Ihre Ratsschläge, aber da nach der angegebenen Zeit von drei Wochen waren noch keine Hühner ausgeflogen, und da mir an Enten nichts liegt, hab' ich die Glucke von den Eiern runtergenommen.“ (Wsl. III. Jtg.)

Während des katholischen Religionsunterrichtes in einer Erziehungsanstalt läuteten die Glocken der evangelischen Kirche des Ortes, und da das Fenster im Klassenraum offen gelassen war, stand plötzlich ein Schüler auf und fragte: „Herr Pastor, darf ich das Fenster schließen, die Konkurrenz läutet.“

**Das Komma.** „Also, Ihr Bruder ist nicht mehr mit Fräulein Müller verlobt?“ — „Nein, er will sie nicht.“ — „Ja, daselbe habe ich auch gehört, nur haben Sie ein Komma vergessen: Er will, sie nicht.“

**Zeitgemäß.** „Hör' nur, lieber Anton, wie geheimnisvoll das Epenlaub klistert. Wenn die Epen reden könnte, was würde sie jetzt sprechen?“ — Bräutigam (Sprachlehrer): „Jedenfalls Epen-rant!“ (Drummbär.)

## Devilenturie.

Prager Kurse am 19. April.

	Gold	Waze
100 holländische Gulden . . .	136,6	136,2
100 Reichsmark! . . . . .	893,25	807,25
100 belaische Franks . . . . .	122,87	124,20
100 Schweizer Franks . . . . .	651,50	654,50
1 Pfund Sterling . . . . .	163,95	165,15
100 Lire . . . . .	135,55	136,95
1 Dollar . . . . .	33,70	34
100 französische Franks . . . . .	111,42	112,82
100 Dinar . . . . .	59,80	59,80
10.000 magarische Kronen . . . . .	4,69	4,79
100 polnische Bloth . . . . .	297	303
100 Schilling . . . . .	476,25	476,25

**Der Unterverband Nordwest-Böhmen des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassen hat am Sonntag den 18. April 1926 im Ruffiger Volkshaus getagt, wobei 49 Delegierte, und zwar zehn Vertreter der Arbeitgeber und 39 der Mitglieder anwesend waren. Der Verbandstag wurde vom Obmann, Senator Genossen Peutel, eröffnet und namens des Reichsverbandes deutscher Krankenkassen vom Abgeordneten Genossen Schäfer herzlich begrüßt. Den Tätigkeitsbericht erstattete der Sekretär des Unterverbandes, Genosse Anton Kühnel-Bilin, der an den vorliegenden gedruckten Bericht anknüpfte. In dem Bericht, der eine erschöpfende Uebersicht über die Tätigkeit des Unterverbandes gibt, werden die technische Ausgestaltung der Verbandskassen, die Revisionstätigkeit und verschiedene Reformen in der inneren Organisation der Kassen erwähnt. Eine der Hauptaufgaben des Unterverbandes wird auch die Schaffung von Unterkunftsstellen in den wichtigsten Kurorten sein. Im Berichtsjahr hat der Unterverband ein Erholungsheim in der Nähe von Oberleutensdorf erworben und plant nun, wie der Berichtstatter ausführte, auch die Erweiterung des Genesungsheims in Reindlich. — Dem Unterverband gehören gegenwärtig zwölf Krankenkassen mit 109.335 Mitgliedern an. Die kommende Sozialversicherung wird im Bereich des Unterverbandes zur Einsetzung der Bezirkskrankenkassen Oberleutensdorf, Postelberg, Jechitz und vielleicht auch Bilin führen.**

**Mozart-Konzert.**

Der Prager deutsche Singverein hat sein diesjähriges Frühlingskonzert im Zeichen Mozarts gegeben. Ausschließlich Werke des großen Salzburger Tondichters kamen zur Ausführung, alle waren, so unglücklich es auch klingen mag, Erstausführungen für Prag. Das Konzert hatte mehr den Charakter eines Symphoniekonzertes unter zufälliger chorischer Mithilfe als den eines Chorkonzertes im üblichen Sinne. Die Hauptnummer war die Orchester-Serenade Nr. 9, ein ganz wunderbares, von blühendem Wohlklang im Klanglichen und unerhörtem Gedankenreichtum erfülltes, umfangreiches symphonisches Werk, das namentlich durch die konzertante Behandlung der Bläsergruppen auffällt. Die chorische Nummer der Konzertmatinee bildete die „Vespera solennis de confessore“ für vier Einzelstimmen, gemischten Chor, Orchester und Orgel. Auch diese Vesper überrascht durch ihren, dem liturgischen Charakter des Werkes nicht immer angepaßten konzertanten Stil, der Mozart im Gegensatz zu seinem „Requiem“ von der naiven Seite musikalischer Gottesverehrung zeigt. Zwischen diesen beiden Hauptwerken stand als solistische Nummer die Motette „Exultate, jubilate“ für Sopran und Orchester im Programme. Besondere Bedeutung, die auch in dem ausnahmsweise überaus zahlreichen Besuche zum Ausdruck kam, erhielt dieses Singvereinskonzert durch das Debut seines neuen Dirigenten, Hermann von Schmeidel, der die musikalische Leitung des Singvereines nach Dr. Reuhlers endgültigem Weggange von Prag nunmehr übernommen hat, kommt aus dem Rheinlande, wo er trotz seiner Jugend bereits einen ausgezeichneten Ruf als Chorleiter besitzt. In der Tat ist dieser junge Musiker eine überzeugende Dirigentenpersönlichkeit besitzt nicht nur alle technischen Erfordernisse eines Dirigenten in hervorragendem Maße, sondern auch Temperament und Stillegefühl. Orchester und Chor hat er fest in der Hand, seine Zeichengebung ist vorbildlich, seine Kunst, plastisch zu gestalten und vor allem rhythmisch und dynamisch zu schattieren, im Vortrag wirkungsvoll zu gliedern und zu steigern, ist mustergültig. In diesem Sinne war nicht nur seine Wiedergabe der symphonischen Serenade ein Genuß, sondern erst recht die Interpretation des Chorwerkes. Das als Einlage zwischen dem zweiten und dritten Psalm der „Vesper“ gebrachte „Ave Verum“ wurde in geradezu überirdischer Klanglicher Differenzierung gesungen und gespielt. Hauptsolistin des Konzertes war die Berliner Konzertsängerin Rose Walter, eine Sopranistin von echt mozarischem Geiste und von erlebter Gesangs-kultur. Die übrigen Solis sangen Frau Schwarz und Herr Dr. Fellner vom deutschen Theater, sowie das Vereinsmitglied Dr. Forner (Bass). Den orchesterlichen Teil des Konzertes bestritt unser deutsches Theaterorchester, das unter Schmeidels Leitung besonders schön und sorgfältig spielte. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist Herr v. Schmeidel berufen, eine neue Blütezeit des deutschen Singvereines und damit des Prager deutschen Chorlebens überhaupt anzubahnen. e. j.

**Kunst und Wissen. Ein Kulturakt der Wiener Arbeiterkass.**

Wien, am 19. April 1926.

Im Großen Konzerthausaal, dem größten Saal Wiens für Musikaufführungen, wurde heute das 300. Arbeiter-Symphoniekonzert abgehalten. Im Jahre 1905, als die Arbeiterkass eben erst im Begriffe stand, einen bescheidenen Anteil am politischen Leben für sich zu erkämpfen, hat es ein Mann, David Josef Bach, der künstlerische Mitarbeiter der Wiener „Arbeiter-Zeitung“, unternommen, zu versuchen, ob sich nicht auch kulturelle Werte, die bis dahin ausschließliches Vorrecht des Bürgertums gewesen waren, für das Proletariat umformen ließen. Er hat ja richtig vorausgesehen; die Sprache der Musik liegt schon damals den Arbeitern zu Herzen und die ungeahnte Entwicklung, die diese Einrichtung nahm, hat seinen Vorhaben recht gegeben. Natürlich ist erst seit der Revolution und der bezugartigen politischen Stellung der Arbeiterkass der eigentliche Aufschwung dieser Konzerte, mit denen Wien in ganz Mitteleuropa vorbildlich war, erfolgt. So kommt es, daß es sechzehn Jahre bis zum ersten Hundert dieser Konzerte währte und daß nach weiteren fünf Jahren, eben jetzt, schon das Zweihundertste stattfinden konnte. Die Arbeiter-Symphoniekonzerte sind in Wien ein bedeutender Faktor des Musiklebens. Sie werden von namhaften Dirigenten geleitet — man denke, daß schon im Jahre 1913 der bis dahin unbekannteste Dirigent Furtwängler ein Arbeiter-Symphoniekonzert leitete —, fördern bewußt aufstrebende Komponisten und reproduzierende Künstler und sind gerade in einer Zeit, wo der Musikbetrieb zu einem Geschäft ausgeartet ist, Vorbild rein künstlerischen Wirkens.

Das Jubiläumskonzert selbst war deshalb ein besonderer Markstein in der Geschichte der Kulturbewegung des Proletariats, weil es zum ersten Mal der Fall war, daß Arbeiterkass selbst aus eigenen Kräften ein so schwer anzuführendes Werk wie Mahlers Achte Symphonie wirklich künstlerisch gestalten konnten. Die größten Wiener Arbeiter-Gesangsvereine, die Freie Typographia und der Singverein der Sozialdemokratischen Kunststelle, hatten verstärkt durch den Philharmonischen Chor, die nötigen Kräfte beigestellt, um die Doppelchöre der Symphonie der Tausend mit ihren schwierigen Kontrapunktischen Verflechtungen kläglich herauszubringen. Daß sie es auch künstlerisch mit größter Intensität und bewundernswertem Geschick taten, ist das Verdienst des Dirigenten Dr. Anton Webern, der über ein halbes Jahr lang aufgewendet hat, um den zum Teil musikalisch noch ungeschulten Sängern dieses Werk nahezubringen. Besonderes Lob verdient auch der Kinderchor, der größtenteils aus Gruppen der „Kinderfreunde“ bestehend, der Aufführung erheblichen Glanz verlieh. Auch die Solisten waren ganz vorzüglich, allen voran der strahlende Sopran von Maria Gerhardt und der prächtige Bass des jungen Franz Ettl, beide Mitglieder der Wiener Staatsoper.

Die Hörer wußten genau, worum es ging. Sie ließen sich von der erhabenen Symnie an den schöpferischen Geist ebenso mitreißen, wie von der Schlußzene aus Goethes Faust, der durch Mahlers Musik höchste Weihe und erhabenste Verklärung zuteil wurde. In allen war das Gefühl lebendig, daß der kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse ebenso stark vorwärts schreite wie der politische und daß das gesamte Kunstleben der Zukunft in ihren Händen liegen werde. Das Festkonzert wurde durch Bläserfanfaren von Richard Strauß eingeleitet. Danach hielten der Bundespräsident Dr. Michael Paltsch und der Bürgermeister der Stadt Wien Karl Seitz Ansprachen, in denen sie der Bedeutung dieses Festes gerecht wurden. Der jubelnde Dank der Hörer, die den Saal bis auf den letzten Platz füllten, galt ihnen ebenso wie allen Ausführern und dem vorzüglich spielenden Wiener Symphonieorchester, vor allem aber Dr. Bach, der durch seine Lebensarbeit, die Organisation der künstlerischen Interessen der Arbeiterkass, einen wesentlichen Anteil an ihrer geistigen Umformung hat. Dr. Paul A. Bilin.

**Aus der Bartel. Maifest-Vorstellung.**

Am Freitag, den 30. April 1926, um halb 8 Uhr abends, gelangt als Maifestvorstellung im Reuen deutschen Theater in Prag

**Smetanas vollständige Oper**

**Die verkaufte Braut**

zur Aufführung.

**Vorverkauf für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder:**  
**Samstag, den 17. April 1926, von 7—9 Uhr abends**  
**und Sonntag, den 18. April 1926, von 11—12 Uhr vormittags und Montag, den 19. April 1926, von 8—9 Uhr abends** im Bildungsverein deutscher Arbeiter, Prag II., Smetny 27.

**Der allgemeine Vorverkauf beginnt Dienstag, den 20. April 1926, bei Optiker Deutsch, Prag I., Graben (Kleiner Vojak).**

**Betriebsweise gefammelte Bestellungen bitten wir schon Samstag, den 17. April 1926, bis 1 Uhr mittags im Bildungsverein deutscher Arbeiter, Prag II., Smetny 27, zu übergeben.**

**Preise der Plätze**

nur beim Vorverkauf für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder:

Parterrelogen 80 K, 1. Ranglogen 80 K, 2. Ranglogen 55 K, 3. Ranglogen 40 K, Cercelstege 1. Reihe 20 K, Fauteuilstege 2.—4. Reihe 18 K, Bartelstege 5.—12. Reihe 16 K, Bartelstege 13.—20. Reihe 14 K, Balkonstege 1. Reihe 17 K, Balkonstege 2.—4. Reihe 16 K, Balkonstege 5.—7. Reihe 14 K, Galeriestege 1. Reihe 10 K, Galeriestege 2.—6. Reihe 9 K, Galeriestege 7.—10. Reihe 7 K, Galeriestege 6 K.

Beim allgemeinen Vorverkauf erhöhen sich diese Preise für Logen um 5 K, für Sitzplätze um 1 K.

**Sozialistischer Jugendverband, Ortsgr. Prag.**  
 Am Mittwoch, den 21. L. J., findet im Verein Deutscher Arbeiter Prag II., Smetny 27, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Alle Jugendgenossinnen und Jugendgenossen mögen pünktlich um 8 Uhr erscheinen. Freundschaft!

**Literatur.**

**Lazarfeld Sophie, Vom häuslichen Frieden.** Erstes Heft der Reihe: Richtige Lebensführung, vollständige Aufzüge zur Erziehung des Menschen nach den Grundfragen der Individualpsychologie. Verlag Perles, Wien; Preis 4 K. — Die Schule Alfred Adlers, des Wiener Genossen, der als Erforscher der menschlichen und besonders der Kinderseele und als Wegbereiter moderner Erziehung Weltraum genießt, hat leider bis nun wenig volkstümliches veröffentlicht. Und gerade Adlers Lehren eignen sich vorzüglich zur Popularisierung und sind für uns von besonderer Bedeutung, da es sich um nichts geringeres handelt als um Erziehung zu sozialem Denken und Handeln. — Die von Sophie Lazarfeld begonnene Reihe kleiner volkstümlicher Schriften, von der die Herausgeberin das erste Heft mit einem Vorwort von Alfred Adler bringt, soll in die Läden treten. Das Heftchen macht mit den wichtigsten Erziehungsgrundsätzen Adlers in ihrer Anwendung auf das Familienleben bekannt und im Zusammenhang damit mit der Unterrichtsmethode nach Montessori. Fast von Anfang an geht die Verfasserin, wie die meisten Autoren der Adlerschen Schule, nach Beispielen aus dem wirklichen Leben vor; sie zeigt, wie fast alle Mängel schlimmer Kinder und schlechter Schüler darauf zurückzuführen sind, daß deren Selbstvertrauen durch verkehrte Erziehung schwere Störungen erlitt und daß das Kind dann zum Ausgleich ein übermäßiges Geltungsstreben betätigt. Die großen Heilmittel der Erziehung zum normalen Selbstbewußtsein und der Zurückführung zur Gemeinschaft werden an praktischen Beispielen verständlich gemacht und sind in jeder Familie anwendbar. Die Schreibweise ist fesselnd und allgemeinverständlich und erregt nur den Wunsch, daß noch viel mehr mitgeteilt würde als auf den zwanzig Seiten möglich war. Diesem Mangel werden die angefügten weiteren neun Hefte der Sammlung abhelfen; eines über „Begabung und Unbegabtheit“ will Alfred Adler selbst liefern. o. b.

**Der Film.**

Die Schule von Paris betitelt sich ein Epe-drama, das sich in der großartigsten Aufmachung und in dem flotten Tempo auf der Leinwand gang nett ausnimmt. Ein reicher, aber einfacher und unverdorbener junger Mann wird von seinen Eltern mit einem romantischen Mädchen verheiratet, dessen Träume nach einem weltgewandten, eleganten Cavalier gehen und das daher in der Ehe mit dem naturfrischen Jüngling nicht die rechte Befriedigung findet. Er liebt aber seine Frau und um ihren Wünschen gerecht zu werden, begibt er sich nach Paris, wo er in Kürze zu einem einwandfreien Gentleman umgeformt wird. Doch das Unglück schreitet schnell: das Vergnügen hat ihn nicht nur sein ganzes Vermögen gekostet, sondern er hat auch sein Weib an einen Anderen verloren. Er wird Kontrollor in einem Theater und lebt in den ärmlichsten Verhältnissen. Aber im Laufe der Zeit kommt seine Frau darauf, welche edlen Charakter ihr Mann eigentlich hat, und sie lernt ihn erst jetzt so richtig schätzen und lieben. Das Stück hält sich auf der Höhe eines guten Großfilms, der auch in schauspielerischer Beziehung nicht zu kurz kommt. In den Hauptrollen Jack Mulhall und Alma Rubens, die nicht nur in dieser Rolle, sondern immer ein überaus befehltes Spiel zeigt. Bemerkenswert ist die Szene, da die reiche, verwöhnte Frau der besten Gesellschaft von einer einfachen Dirne bittere Wahrheiten über die Zustände in den sogenannten guten Kreisen hören muß; ungewollt werden da

die üblichen Moralbegriffe der bürgerlichen Kreise rücksichtslos an den Pranger gestellt. S. W. S.

Goethes Werther verfilmt. In den nächsten Tagen gelangt der Film „Werther“, bearbeitet nach dem tschechischen Roman von Jaroslav Maria, frei nach dem klassischen Werk von Goethe zur Vollenbung und Aufführung. In den Hauptrollen treten auf: Milos Hajsky, Martha Mahr und Ella Bohner. Für die Regie zeichnet Milos Hajsky und Georg Ewin.

Gloria Swanson als Ronna. Der erste Film, den Gloria Swanson für die United Artists dreht wird, soll eine Verfilmung von Vollmöllers „Mira-fel“ sein. Die Pantomime wird momentan in man-zig amerikanischen Städten in der Reinhardtischen Regie mit großem Erfolg gegeben.

Fathy Arbuckle, der bekannte komische Dada, wurde von der Metro Goldwyn als Regisseur engagiert, wo er mit Conrad Nagel in der Hauptrolle einen Film drehen wird, der den Titel „Ueber Nacht“ führen wird. Er wird aber nicht mit seinen richtigen Namen zeichnen, sondern William Goodrich heißen.

**Turnen und Sport.**

„Gleichheit“ Weiskirchly, der Bundesmeister im Fußball des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes in der Tschechoslowakischen Republik, hat sich in diesem Jahre vor schwere Aufgaben gestellt. Im Mai finden fünf Begegnungen mit reichsdeutschen Brudermannschaften statt. Am 1. Mai tritt er in Riesa gegen den dortigen VfB. 1910 an, der erst kürzlich aus dem bürgerlichen Verband austrat und sich der Arbeiter-Sportbewegung anschloß. Am 2. Mai trägt „Gleichheit“ ein Spiel in Meissen a. E. aus. Am 8. Mai findet in Dresden die Begegnung mit dem Bundesmeister Deutschlands, dem DSV. 10 Dresden, statt und am 9. Mai ist ein weiteres Spiel gegen einen zweiten Dresdener Verein geplant. Am 24. Mai (Pfingstmontag) findet in Leipzig im Rahmen des Kreisfestes des Retourspiel gegen DSV. 10 Dresden statt. Der Monat Juni bringt Retourspiele, während im Juli eine achtstägige Tournee nach Berlin und Magdeburg vor dem Abschluß steht. Ob aber „Gleichheit“ in seiner jetzigen Verfassung in der Lage sein wird, die gestellten schwierigen Aufgaben erfolgreich zu lösen, ist wohl recht fragwürdig.

Internationaler Arbeitersport. Der englische Arbeitersportbund hat die Einladung des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes angenommen, am 22. und 23. Mai eine Fußballmannschaft nach Dresden bzw. Leipzig zu entsenden. — Am 1. und 2. Mai wird in Antwerpen und Boom eine Mannschaft der Genfer Arbeitersportunion mit belgischen Arbeiter-Fußballmannschaften Spiel austragen. — Eine Antwerpener Auswahlmannschaft wird zu Pfingsten Rückspiele in Köln, Solingen und Düsseldorf austragen. — Das belgische Fußball-Lomitee ist mit den finnischen Arbeitersportlern in Verbindung getreten, um im Anschluß an die Deutschland-Reise der Finnen diese auch in Belgien begrüßen zu können.

Herausgeber Dr. Ludwig Egech  
 Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.  
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
 Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

**Bad Bohdaneč**

heilt Rheumatismus, Gicht, Ischias und Frauenleiden. — Berühmte Moorbäder. — Radioaktive Quelle. — Tausende Dankschreiben. — Modernst eingerichtete. — Riesiger Park und Wälder. — Allen Bevölkerungsschichten zugänglich.

SAISON-BEGINN AB 3. MAL. Prospekte gratis.

**Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten**



**Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. S. m. b. S.**

Großbuchdruckerei, Sternzeitung, Verlag, Buchbinderei, neuzeitl. Setz- und Zugschneiderei mit einer Kegelmaschine von 600.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Kegelmaschine von 120.000 Buchstaben, Fernsprecher Nr. 271, Postparaffa Nr. 127. 263

**Genossen! Genossinnen!**

In jeder Betriebsversammlung, jeder Gewerkschaftsversammlung, jeder Genossenschaftsversammlung, jeder Wählerversammlung, jeder Frauenversammlung, jeder politischen Versammlung, jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation sollt ihr für die sozialdemokratische Parteipresse intensivste Werbearbeit leisten